Stand: 01.07.2025 09:17:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/17725

"Weitere Corona-Strategie: Impfungen vorantreiben - Gesellschaftliches Leben ermöglichen - Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/17725 vom 01.09.2021
2. Beschluss des Plenums 18/17735 vom 01.09.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 91 vom 01.09.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 01.09.2021 **Drucksache** 18/**17725**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Weitere Corona-Strategie: Impfungen vorantreiben – Gesellschaftliches Leben ermöglichen – Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die in Aussicht gestellten Lockerungen im Interesse der Menschen. Allerdings ist zu spezifizieren sowie nachvollziehbar und transparent darzustellen, welche Maßnahmen konkret greifen, wenn die vom Kabinett beschlossene Krankenhausampel auf „gelb“ oder gar „rot“ springt, damit die Bürgerinnen und Bürger wissen, was im Einzelnen auf sie zukommt.

Wesentliche Voraussetzung für ein annähernd „normales“ gesellschaftliches Leben bei gleichzeitiger Wahrung des Gesundheitsschutzes ist ferner eine weitere Steigerung der Impfquote in Bayern. Diese erscheint umso dringender, da der Freistaat aktuell im Bundesländervergleich nur im hinteren Mittelfeld (Platz 12, Stand: 31. August 2021) liegt, was die Quote der vollständig Geimpften anbelangt.

Ein besonderes Augenmerk hat die Staatsregierung in den kommenden Monaten zudem darauf zu legen, einen sicheren und verlässlichen Regelbetrieb in Kindertagesstätten und Schulen zu gewährleisten. Lern- und Entwicklungsrückstände sowie coronabedingte Ungleichheiten sind dabei durch gezielte Förder- und Unterstützungsangebote zu reduzieren, besonders belastete Kinder und Jugendliche müssen verstärkt begleitet werden.

Im Einzelnen wird die Staatsregierung deshalb vor allem aufgefordert,

1. Impfungen weiter voranzutreiben, um ein sicheres gesellschaftliches Leben zu ermöglichen.

   Dem Landtag ist daher zu berichten, warum die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder bereits Mitte Juli angekündigten niedrigschwelligen Impfangebote noch immer nicht den gewünschten Erfolg erzielt haben und wie die Staatsregierung hier konkret nachsteuern will.

   Bei einer dringend notwendigen Impfoffensive sind, wie bereits mehrfach gefordert, insbesondere folgende Punkte verstärkt in den Blick zu nehmen:

   a) Sonderimpfkampagne für junge Menschen in Schulen, Ausbildungsbetrieben, Jugendeinrichtungen und Hochschulen,
   b) Ausweitung der Impfangebote ohne Termin an zentralen öffentlichen Plätzen, beispielsweise in Supermärkten, Fußgängerzonen,
   c) weiteres Forcieren von Impfungen am Arbeitsplatz,
   d) Kooperationen mit einem breiten Bündnis an zivilgesellschaftlichen Partnern, Jobcentern, Tafeln, Kirchen etc. sowie

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

e) begleitende Info-Kampagnen für alle genannten Punkte, auch mehrsprachig, digital und in einfacher Sprache.

Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Mitte August begonnenen Auffrischungsimpfungen für besonders gefährdete Personengruppen wie zum Beispiel ältere Menschen oder Pflegebedürftige unkompliziert bereitstehen, damit sich jede und jeder, die oder der dieses Angebot wahrnehmen möchte, niedrigschwellig impfen lassen kann.

2. Kitas und Schulen verlässlich zu unterstützen.

Über das gesamte Kita- und Schuljahr hinweg ist verlässlich für die nötigen Sicherheitsvorkehrungen zu sorgen, damit in den genannten Bildungseinrichtungen wie angekündigt Präsenzbetrieb stattfinden kann. Zu den hierfür notwendigen Maßnahmen zählen allen voran:

a) eine Impfoffensive für Beschäftigte, Eltern sowie junge Menschen ab zwölf Jahren,

b) weiterhin regelmäßige Testungen,

c) eine flächendeckende Förderung von Raumluftfilteranlagen sowie

d) jederzeit klare und verständliche Vorgaben und Informationen für alle Beteiligten.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, die organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in den kommenden Monaten verstärkt die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt steht und verlässliche (mittel- und langfristige) Unterstützungs- und Förderangebote mit ausreichend Personal bereitgestellt werden. Für die Schulen bedeutet dies bspw.:

a) die Schaffung kleiner Lerngruppe,;

b) unterrichtsbegleitende Fördermaßnahmen,

c) die intensive Vermittlung von Lernstrategien sowie

d) die Ermöglichung kultureller und sportlicher Aktivitäten und von Gemeinschaftserlebnissen im Rahmen von Schullandheimaufenthalten oder Klassenfahrten.

Verstärkt in den Blick zu nehmen sind ferner besonders belastete Gruppen von Kindern und Jugendlichen, die schwer an den Begleiterscheinungen der Pandemie zu tragen haben. Hierfür ist zügig professionelle Hilfe bzw. das erforderliche Personal bereitzustellen, das die Kita- und Lehrkräfte ggf. zusätzlich unterstützen kann.

3. Zur weiteren Aufarbeitung und Abfederung der sozialen, psychischen und ökonomischen Folgen der Coronapandemie ist dem Landtag zu all diesen Bereichen umfassend zu berichten. Im Mittelpunkt sollen dabei die Folgen für Kinder und Jugendliche sowie weitere psychisch und physisch besonders verwundbare Personengruppen wie bspw. von Gewalt betroffene oder bedrohte Frauen, Menschen mit Behinderung, Pflegebedürftige und Menschen mit psychischen Erkrankungen stehen, zudem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Soloselbstständige, kleine und mittlere Betriebe sowie Menschen mit geringem Einkommen bzw. niedrigen finanziellen Ressourcen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 01.09.2021 **Drucksache** 18/**17735**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**17725**

Weitere Corona-Strategie: Impfungen vorantreiben – Gesellschaftliches Leben ermöglichen – Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Ministerpräsident Dr. Markus Söder
Abg. Ludwig Hartmann
Abg. Thomas Kreuzer
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Markus Plenk
Abg. Uli Henkel
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Gerd Mannes
Abg. Florian von Brunn
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Markus Bayerbach
Abg. Martin Hagen
Abg. Bernhard Seidenath
Abg. Christina Haubrich
Abg. Andreas Winhart
Abg. Dr. Dominik Spitzer

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe auf:

Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten

zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Coronapandemie - Entschlossenes Handeln stellt Bayern für die vierte Welle gut auf - Fortschreiten der Bayerischen Impfstrategie ermöglicht mehr Freiheit und Normalität (Drs. 18/17722)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kinder und Jugendliche priorisieren - den Kita- und Schulstart jetzt sicher vorbereiten! (Drs. 18/17723)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)

Deutschland - aber normal: Corona mit Eigenverantwortung der Bürger begegnen! (Drs. 18/17724)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion (SPD)

Weitere Corona-Strategie: Impfungen vorantreiben - Gesellschaftliches Leben ermöglichen - Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellen (Drs. 18/17725)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Zurück zu Freiheit und Eigenverantwortung: Freiheitstag ausrufen!
(Drs. 18/17726)

Das Wort hat jetzt Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Bitte schön.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren und vor allem liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger im Freistaat Bayern! Seit eineinhalb Jahren leben und leiden wir unter und mit Corona; bislang war das keine einfache Zeit.Vorneweg möchte ich mich einfach bedanken, weil ich weiß, dass es für viele so unglaublich beschwerlich, für manche sogar existenzbedrohend und für viele einfach nur nervig war. Trotzdem hat die große Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger in Bayern die ganze Zeit großartig mitgezogen. Dafür mein herzliches Dankeschön und Vergelt‘s Gott.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wie schön wäre es, sagen zu können: Jetzt ist alles vorbei! – Aber es ist leider nicht so, weder in Bayern noch in Deutschland noch in der Welt. Jetzt kommt eine neue, eine ganz wichtige Etappe in dieser Pandemie. Mit der Grundlage, die wir heute legen, passen wir die Maßnahmen, die Strategie dieser neuen Realität an. Diese neue Realität braucht eine richtige Balance aus mehr Freiheit, mehr Eigenverantwortung und trotzdem Schutz und Sicherheit. Wir haben nach wie vor eine Firewall gegen Corona.

Fakt ist, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die vierte Welle ist da. Wie alle anderen wurde sie prognostiziert. Diese Prognose wird von dem einen oder anderen nicht akzeptiert, aber die Welle ist da. Die Infektionszahlen steigen. Der heutige Stand

in Bayern ist 69,8. Das ist etwas niedriger als gestern, Gott sei Dank. Aber trotzdem steigen die Zahlen in der Tendenz. Wir haben derzeit Platz 9 in Deutschland. 99 % aller Infektionen sind Infektionen mit Delta. Grund für die steigenden Zahlen sind in erster Linie die Reiserückkehrer; auch das ist wie erwartet. Man kann das relativ gut an den Zahlen für die einzelnen Regionen ablesen.

Was ist bei der vierten Welle anders als bei den Wellen eins bis drei? – Nun, als die dritte Welle im März dieses Jahres richtig losging, standen wir noch vor der Situation, kaum einen Impfstoff zu haben. Bei den Wellen eins und zwei hatten wir gar keinen Impfstoff, bei Welle drei kaum einen. Dies ist jetzt der Unterschied: In diese vierte Welle hinein haben wir Impfstoff, und 60 % der Menschen in Bayern sind voll geimpft. Deswegen ist die vierte Welle anders als die anderen. Sie ist eine Pandemie der Jüngeren und der Ungeimpften.

Das kann man an den Inzidenz-Zahlen ganz gut ablesen. Während die Inzidenz bei den Menschen über achtzig Jahren nur bei 11 oder bei den Menschen zwischen sechzig und achtzig ungefähr bei 15 liegt – hier merkt man, dass das Impfen und die hohe Impfquote sehr, sehr deutlich wirken –, ist die Lage gerade bei den Jüngeren anders. Die heutige Inzidenz bei den Jüngeren ist schon sehr deutlich: Auf Platz 1 liegt die Altersgruppe der 16- bis 19-Jährigen mit einer Inzidenz von 184, auf Platz 2 die Altersgruppe der 12- bis 15-Jährigen mit einer Inzidenz von 127, auf Platz 3 die 20- bis 34-Jährigen mit einer Inzidenz von 126. Daran kann man gut ablesen: Wo am wenigsten geimpft werden kann oder konnte, insbesondere bei den Menschen unter 18 Jahren, weil es da bislang keine Empfehlung gab, ist die Inzidenz am höchsten. Je älter die Menschen werden, umso wichtiger ist die Inzidenz, wo geimpft werden konnte.

Zum Glück sind die Verläufe gerade bei den Jüngeren deutlich milder. Das ist positiv. Vor allem sind deswegen auch die Todeszahlen sehr, sehr, sehr gering. Man hat das übrigens im Vergleich ganz gut gesehen: Während in der ersten Welle circa 5 % der Infizierten gestorben sind, waren es bei der dritten Welle nur noch knapp über 1 %.

Bei der vierten Welle werden die Todeszahlen nach jetzigem menschlichem Ermessen und wissenschaftlicher Einschätzung sehr, sehr viel niedriger sein.

Daraus – die Relationen und Gefahren sind jetzt anders – folgt aber auch, dass wir nicht stur nur alte Konzepte aus der Schublade holen und an ihnen festhalten dürfen, sondern wir müssen uns aufgrund der pandemischen Lage und der medizinischen Gegebenheiten anpassen und neue Strategien entwickeln. Meine Damen und Herren, eine Impfquote von 60 % bei der Zweitimpfung und über 15 Millionen Impfungen insgesamt sind eine gute Basis. Da geht aber noch mehr! – Bayern liegt übrigens beim Impfen traditionell, ähnlich wie Baden-Württemberg und Sachsen, etwas niedriger. In Deutschland gibt es da schon seit jeher ein Nord-Süd-Gefälle; übrigens können wir auch in Bayern ein leichtes Nord-Süd-Gefälle erkennen.

Unabhängig davon ist die klare Aussage: Weil so viele geimpft sind und weil das Impfen weitergeht, braucht es keinen Lockdown mehr, und es wird auch keinen Lockdown mehr geben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Er wäre übrigens auch für die zweifach Geimpften einfach verfassungswidrig. So kann man das, glaube ich, sagen.

Wie aber etablieren wir trotzdem Schutz? – Manche schwärmen ja von einem Freedom Day – alles aufgeben. Das birgt die Gefahr, dass es keinen Schutz, keine Sicherheit mehr gibt. Die brauchen wir aber noch. Wie organisieren wir das? – Wir haben darüber lange beraten, nicht aus der hohlen Hand entschieden, nicht einfach politisch vorgegeben. Wir haben uns mit Virologen, Epidemiologen, vor allem mit Krankenhausexperten beraten und die Expertise des Gesundheitsministeriums und des LGL, des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, einfließen lassen. Gleichzeitig sind wir aber auch mit dem Bund in engem Gespräch gewesen. Der Bund hat jetzt entschieden – das ist ganz wichtig für die Basis unserer Verordnung –, bei seinem neuen Infektionsschutzgesetz eine Änderung vorzunehmen, dass nämlich die Inzi-

denz, also die Zahl der Infektionen, allein zwar noch eine Rolle spielt, weil sie uns die Dimension des realen Geschehens vermittelt, aber keine Rechtsfolgen mehr hat. Die normale Inzidenz hat keine Rechtsfolgen mehr. Was zählt, ist die Belegung der Krankenhäuser. Sie ist das entscheidende Moment.

Wir hatten in der Pandemie immer zwei Ziele. Ziel Nummer eins war es, Leben zu schützen. Ziel Nummer zwei war es, eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern, zum einen im Hinblick auf das medizinische Personal als auch darauf, dass keine Szenen entstehen, wie wir sie in anderen Teilen Europas während der drei ersten Wellen erlebt haben, dass nämlich Patienten abgewiesen werden mussten oder dass am Ende sogar von den zuständigen Medizinern entschieden werden musste, wer eine Behandlung bekommt und wer nicht. – Diese zwei Schutzgüter waren immer das Entscheidende. Schutzgut eins, Leben zu retten, haben wir, glaube ich, gut erreicht, und zwar sowohl mit den einschränkenden Maßnahmen als auch mit der zunehmenden Impfung.

Lassen Sie uns heute darüber kurz bilanzieren. Die Zahlen sind schon sehr eindeutig und auch beeindruckend. Das LGL hat seine Prognose abgegeben; sie muss nicht auf den Einzelfall genau stimmen, aber die Dimension ist wichtig: 130.000 Menschen konnten in Bayern vor dem Tod gerettet werden. Ganz persönlich darf ich dazu bemerken: Es gibt viele Motive, Politik zu machen. Aber einen höheren ethischen Lohn, als Leben zu retten, kann und darf es für einen Politiker nicht geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dazu kommt: Wir haben nicht nur Leben gerettet, sondern wir haben auch viele Menschen vor Long COVID geschützt. Das LGL schätzt, dass wir ungefähr 850.000 Menschen in Bayern vor Long COVID bewahrt haben. Long COVID ist übrigens krass, bitte unterschätzen Sie das nicht. Klar, der Todesfall ist das Schlimmste, was einem passieren kann, keine Frage. Aber Long COVID ist für die Menschen eine schlimme

Einschränkung. Es kann jeden treffen, und es ist völlig unklar, wer und warum man es bekommt. Es gibt Ehepaare, von denen einer nichts hat, während der andere extrem darunter leidet.

Einige Beispiele von Betroffenen, gesammelte Aussagen: Eine Rentnerin aus Ramersdorf sagte: Irgendwann hast du den Moment, wo du sagst: Jetzt ist's aus. Ich mag nicht mehr, ich kann nicht mehr. – Amelie, eine Fitness-Trainerin von 31 Jahren, sagte: Wenn du die Luft nicht mehr hast, um zu atmen, kannst du nicht mehr die Person sein, die du vorher warst. – Eine Beamtin aus Oberbayern sagte: In der akuten Phase hatte ich vor dem Einschlafen immer Angst, dass ich nicht mehr aufwachen kann. – Eine Sozialpädagogin aus Amberg, 26, sagte: Bei mir hat sich das Virus leider das Gehirn ausgesucht; eben war ich noch kerngesund, und jetzt muss ich eine Brille tragen und bin untauglich, vergesslich. – Letztlich sagte eine PR-Managerin aus Frankfurt: Mehr als eine Sache am Tag schaffe ich immer noch nicht. Ich war nie krank und habe immer gesagt, dass ich arbeite, solange ich nicht den Kopf unterm Arm trage; doch jetzt ist es unerträglich.

Ich sage das, um zu beschreiben, dass es unzählige Schicksale gibt, die uns rühren und motivieren müssen. Wir hatten und haben beides im Blick. Meine Damen und Herren, 130.000 vor dem Tod gerettet, circa 850.000 vor Long COVID geschützt – damit haben wir hier als Landtag fast eine Million Menschen in Bayern vor Schaden bewahrt. Ich finde, das ist eine ordentliche Bilanz, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir erwarten dafür kein Lob – das sage ich ausdrücklich –, das ist nur die Erfüllung unseres Amtseides. Aber haben wir wirklich verdient, dafür dann als Mörder, Kinderschänder, Diktatoren, Verbrecher beschimpft zu werden? – Ich sage Ihnen eines: Diese Aussagen – jetzt wieder am Wochenende in Berlin bei den großen Querdenken-Demos erlebt – sind schäbig, wirr und böse, und ich weise sie eindeutig zurück.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir reichen bewusst die Hand all denen, die noch verunsichert sind, die skeptisch sind, die Fragen haben, die sagen: Ich bin mir nicht ganz sicher, wie der Weg weitergeht. – Aber gerade bei den extremen Querdenkern stellen wir ein Stoppschild auf. Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir lassen uns schon gar nicht bedrohen, meine Damen und Herren. Diejenigen, die das tun, die mir, der Staatsregierung schreiben, sind übrigens die gleichen, die sich auch an Sie alle wenden und Sie verunglimpfen. In den Texten und Aufrufen zu einem Volksbegehren, das gerade gestartet werden soll, steht: Diese Abgeordneten sind eine Schande für Bayern, sie verhalten sich wie dressierte Schafe, sie sind alle schamlos, am besten gleich den ganzen Landtag abschaffen! – Wir sind hier nicht immer alle einer Meinung.Ich sage aus tiefer Überzeugung aber ausdrücklich: Ich respektiere jeden demokratisch engagierten Abgeordneten hier im Haus mit seiner Meinung. Ich sage Ihnen aber auch, und dafür stehe ich auch persönlich: Ich sage Nein zur Verunglimpfung aller demokratischen Institutionen, Nein zu Hass und Drohung, Nein zum Angriff auf unsere Demokratie.

Ich erwarte jetzt endlich auch einmal von der AfD Klartext: Sind Sie am Ende nur die Postboten der Querdenker oder gar die Strippenzieher? – Ich sage Ihnen eines: Sie müssen sich endlich klar von diesen Gruppen distanzieren. Das erwarten wir hier im Landtag, hier im Hohen Haus.

(Beifall)

Wir setzen auf Vernunft. Wir setzen auf Dialog. Wir setzen auf Offenheit, wir setzen aber – wie übrigens die ganze Welt – auch aufs Impfen. Das ist keine bayerische Strategie; das ist die globale Antwort. Impfen rettet Leben und reduziert übrigens auch bei denjenigen, die es wirklich trifft – ich komme gleich dazu –, die schlimmen Auswirkungen von Corona.

Wir wollen keine Impfpflicht. Ich sage das ausdrücklich: Es wird keine Impfpflicht geben. Jeder sollte aber noch einmal nachhaken, nachdenken und überlegen, ob nicht

jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, sich impfen zu lassen. – Wir machen niederschwellige Angebote vor Ort. Wir kommen sozusagen zu den Menschen.

Vom Gesundheitsministerium und allen Ländern wird jetzt bereits eine dritte Impfung auf den Weg gebracht, um die vulnerablen Gruppen auch über den Winter zu schützen. Gott sei Dank ist die Empfehlung der STIKO für die Schüler da, sodass wir jetzt zu Schulbeginn in der Schule, im Umfeld der Schule und während des Schulunterrichts impfen können. Wenn die Empfehlung etwas eher gekommen wäre, hätten wir die erste Impfung vielleicht schon vor dem Sommer machen können. Es ist aber trotzdem machbar.

Klar ist, und das muss jeder wissen: Ab 11. Oktober sind die Tests nicht mehr kostenlos. Übrigens müssen sich Kinder unter sechs Jahren nicht testen lassen. Das ist so festgeschrieben. Klar ist auch, dass für nicht impfbare Schüler und dann, wenn es Symptome und ganz konkrete Verdachtsfälle auf Corona gibt, natürlich ein Test gemacht und auch bezahlt werden wird. Wenn man sich dazu entscheidet, sich nicht impfen zu lassen, ist das völlig in Ordnung. Das entscheidet jeder selbst. Diese eigenverantwortliche Entscheidung heißt aber auch, dass man dann auch für das Testen aufkommen muss. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann nicht sein, dass die Mehrzahl der Steuerzahler dies weiter finanziert.

(Beifall)

Jeder entscheidet also selbst. Wir empfehlen das Impfen. Impfen ist der beste Schutz. Impfen war übrigens schon immer das beste Mittel gegen Infektionskrankheiten. Ich verstehe, dass es Verunsicherung gibt. Es gibt auch viele Fragen. Aber sind manche dieser Fragen über viele WhatsApp-Gruppen oder übers Internet bewusst geschürt und vielleicht auch instrumentalisiert? – Zunächst einmal wäre die Empfehlung, einfach den eigenen Arzt zu fragen. Das ist die beste Adresse. Nach Einschätzung der Kassenärztlichen Vereinigung sind eh rund 98 % der Ärzte geimpft. Das könnte ein Indiz dafür sein, dass Impfen sinnvoll ist.

Ich sage Ihnen offen, dass ich persönlich das Impfen als Segen empfinde. Es ist ein Segen, dass wir bereits nach einem Jahr einen Impfstoff hatten. In den wirklich dunkelsten Stunden der Corona-Pandemie – gerade letztes Jahr bei der ersten Welle – hätte ich mir nie träumen lassen, dass wir wirklich so schnell einen Impfstoff bekommen. Sie erinnern sich: Noch im Sommer war völlig unklar, wann welcher Impfstoff kommen und wie er wirken wird.

Was hätten Generationen von Menschen vor uns darum gegeben, wenn sie bei vergleichbaren globalen Seuchen so schnell und kostenlos einen Impfstoff entwickelt und zur Verfügung gehabt hätten! Ich sage Ihnen nur eines: Ich finde, wir sollten an dieser Stelle nicht darüber schimpfen, sondern wir sollten dankbar und vielleicht sogar ein bisschen stolz darauf sein, dass ein Impfstoff, der wirkt, in Deutschland entwickelt wurde. Ich bin es jedenfalls. Ich empfinde es als einen Segen. Darüber sollten wir froh sein, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Hat Impfen nicht auch woanders immer geholfen? – Die Masern mit hoch gefährlichen Wirkungen wurden zu 95 % reduziert. In meiner Kindheit war Kinderlähmung noch ein Riesenthema; sie ist global zu 95 % reduziert. Die Pocken sind fast zu 100 % reduziert und als tödliche Gefahr fast ausgerottet. Meine Damen und Herren, Tetanus, Diphtherie und Hepatitis, gerade Hepatitis B – viele hunderttausend Kinder haben durch die Impfung in der EU diesen gesundheitlichen Schaden nie haben müssen. Jetzt gibt es sogar gegen Ebola – eines der vor Corona bedrohlichsten Viren – eine Impfmöglichkeit.

Ich kann Ihnen nur eines sagen, was man aber nicht annehmen muss, es ist aber wichtig, das einfach einmal auszusprechen: Impfen ist ein Ergebnis der Fortschrittsentwicklung der Menschheit. Impfen ist ein Ergebnis von Wissenschaft und Vernunftbegabung. Wir in Bayern setzen auf Wissenschaft statt auf Verschwörungstheorien. Dazu stehe ich.

(Beifall)

Ich will aber nichts abtun. Es gibt ja Fragen. Die Fragen müssen auch beantwortet werden. Vielleicht haben wir das auch bislang öffentlich zu wenig gemacht. Wir tun das immer nur so ab. Setzen wir uns damit auseinander.

Was sind denn die Argumente? – Ich habe mir die wichtigsten, die einem auch selber begegnen, aus dem Netz heraussuchen lassen. Zum Beispiel heißt es, der Impfstoff sei zu schnell zugelassen worden und gar nicht ordentlich geprüft. – Es wird nur das zugelassen, was durch Studien belegt und geprüft ist. – Der Impfstoff enthalte Mikrochips; Deep State sei unterwegs, man werde dann möglicherweise überwacht und gechipt.– Mich wundert es, dass ich das öfter von Leuten höre, die selber mehrere Handys haben und auch gerne alle möglichen Bilder von sich posten. Das ist natürlich nicht der Fall. – Der Impfstoff könnte krebserregend sein und habe krebserregende Stoffe. – Null Hinweis. – Man könne unfruchtbar werden. – Null Hinweis. – Man könne impotent werden. – Null Hinweis. – Es stiegen die Fehlgeburten. – Null Beleg. – Die DNA der Geimpften werde verändert. – Stimmt nicht. – Zur Herstellung würden Föten verwendet. – Auch unwahr. Letzthin habe ich etwas gehört, was mich, ehrlich gesagt, sehr überrascht hat: Jemand schrieb mir, bei der Impfung komme auch der Satan in Körper und Seele. – Ich weise nur darauf hin, dass auch der Heilige Vater zweimal geimpft ist. Meine Damen und Herren, letztlich sind das alles Argumente, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Im ersten Moment wirkt das so – – Ich muss aber auf alles eine Antwort finden.

Letztlich kommt oft das Argument, die Impfung schütze sowieso nicht. – Natürlich schützt eine Impfung – wie übrigens jede Impfung der Welt – nie zu 100 %; sie schützt aber mit hohen Wahrscheinlichkeiten. Impfdurchbrüche gibt es den ganzen Tag. Die statistische Quote von Geimpften, die sich infizieren, liegt derzeit bei 0,03 %. Das heißt, in einem Stadion mit 10.000 Geimpften wäre das genau bei 3 Personen, deren Symptome relativ mild wären.

Meine Damen und Herren, warum sage ich Ihnen das? – Wir haben in Deutschland jetzt 100 Millionen Impfungen gemacht. Die Medien haben und hätten alles dokumentiert. Natürlich gibt es immer wieder Impfreaktionen; die sind auch da. Aber so langfristige, grundsätzliche Nebenwirkungen, die immer behauptet werden, sind nicht festzustellen.

Meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger, ich will Ihnen einfach mal sagen: Lassen Sie sich nicht verunsichern! Es bleibt Ihre Entscheidung; diese Argumente, die genannt werden, können Sie getrost abhaken. Das Impfen ist eine hervorragende Möglichkeit, mehr Freiheit und mehr Schutz zu bekommen. Deswegen setzen wir uns dafür ein.

(Beifall)

Wären wir fast alle geimpft, bräuchten wir weder eine Regierungserklärung noch Verordnungen und könnten uns mit anderen Fragen beschäftigen, die den einen oder anderen auch sehr interessieren. Bis dahin aber müssen wir uns der Realität stellen. Das ist in der Politik leider so. Politik heißt nicht, die Realität seinen Wünschen anzupassen, sondern zu versuchen, auf die Realität zu reagieren und das Beste daraus zu machen, deswegen kommt jetzt auch die neue Verordnung.

Die neue Verordnung verfolgt im Grunde genommen mehrere Ziele. Sie ist natürlich für viele Menschen ein Befreiungsschlag. Sie gibt auch Wahlrechte und damit mehr Eigenverantwortung und Freiheit, bietet aber trotzdem Sicherheit. Ihr Herzstück ist 3G, das heißt: Getestet, genesen, geimpft ist die Basis für den Zugang. Das ist inzidenzunabhängig. Deswegen ist auch klar: Auch wenn die Inzidenzen jetzt steigen werden, bleibt es dabei: kein Lockdown!

Psychologisch wird das für den einen oder anderen übrigens eine Herausforderung werden, weil wir seit eineinhalb Jahren damit vertraut sind, mit sehr hohen Inzidenzen bei den Infektionen zunächst zu arbeiten. Wir sind damit auch medial vertraut, weil eine hohe Inzidenz die erste Schlagzeile ist. Trotzdem ist die entscheidende Basis und

die relevante Größe jetzt eben nicht mehr die einfache, normale Inzidenz, sondern die neue Sicherheitsformel heißt: Krankenhausampel mit Warnstufe Gelb und Warnstufe Rot.

Die Zahlen, die wir dafür ermittelt haben, sind nicht irgendwie willkürlich festgesetzt, sondern auch evaluiert worden. Sie sind zum einen aus der Range der Hospitalisierungsinzidenz des Bundes, der da ein relativ breites Spektrum vorgibt, und zum anderen aus den bisherigen Erfahrungen in Bayern von Welle eins bis drei entwickelt worden. Sie werden die ganze Zeit durch ein Monitoring des Gesundheitsministeriums und des LGL begleitet.

Warnstufe Gelb ist dann, wenn in einer Woche landesweit 1.200 Betten neu belegt werden; das ist unabhängig davon, ob es Intensivbetten sind, Betten mit intensiver Beatmung oder normale Betten. Wir decken damit das Risiko der schweren und der Long COVID-Fälle in Gesamtheit ab.

Schauen wir uns die Zahl 1.200 an: Der Höchststand, den wir mal hatten, lag bei 1.800. Das heißt, wir haben immer noch einen Puffer, um zu sehen, wie wir reagieren können.Die Folge sind dann Schutzkonsequenzen, ganz klar, zum Beispiel dann wieder nur FFP2-Masken, PCR- statt Schnelltests oder auch Beschränkungen der Kontakte, besonders bei den Ungeimpften. Das wird aber regional oder landesweit geregelt, je nach Infektionsgeschehen und auch nach Situation der Krankenhäuser. Das könnte sich regional ja völlig unterschiedlich entwickeln.

Bei Warnstufe Rot wird es wirklich sehr ernst. Das wären 600 komplett belegte ICU, also Intensivbetten mit Beatmungsgeräten. Das ist übrigens wichtig, weil wir damals mit 800 Betten beim Höchststand waren. Bei 600 bis 800 belegten Intensivbetten kommen wir in Situationen, wie wir sie in der schlimmsten Phase der Pandemie hatten. Ich hoffe, dass das nicht eintritt; zum aktuellen Stand ist das auch nicht zu befürchten, aber wir müssen einen Schutzwall ziehen. Wir können unter keinen Umständen ohne

diese Schutzfunktion alles einfach laufen lassen. Wir müssen vorausschauend agieren. Dann werden natürlich weitergehende Maßnahmen zu diskutieren sein.

Meine Damen und Herren, 3G ist das Grundprinzip. Zur Erklärung: 3G gilt grundsätzlich innen; ausgenommen sind der ÖPNV und der Handel, weil dort die Kontakte relativ gering und kurz sind, weshalb 3G dort nicht angemessen wäre. Zum Schutz braucht man im ÖPNV und im Handel dann aber eine Maske. 3G gilt grundsätzlich nicht außen, außer bei Veranstaltungen ab 1.000 Personen, weil dann eine so große Menschenmenge zusammenkommt, dass wir darüber reden müssen.

Zu den Gottesdiensten: Staatsminister Dr. Florian Herrmann hat mit den Kirchen ein Gespräch geführt. Verfassungsrechtlich gilt auch für Gottesdienste entweder die 3G-Regelung oder die alte Regelung. Das können die Kirchen nach der jeweiligen örtlichen Situation wahlweise entscheiden.

Zu den Masken: Es gilt die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske oder einer FFP2-Maske; das wurde gerade schon angesprochen. Ab der gelben Warnstufe muss die FFP2-Maske wieder verpflichtend getragen werden, weil sie eine höhere Schutzwirkung hat.

Zu den einzelnen Sektoren: Im privaten Bereich gibt es keine Kontaktbeschränkungen mehr, weil es dort weder kontrollierbar noch sinnvoll ist. Es gibt keine 3G-Regelung im privaten Bereich. Wenn man sich allerdings beispielsweise bei einer privaten Feier oder einer Veranstaltung in der Gastronomie trifft, dann gilt in der Gastronomie natürlich die 3G-Regelung.

Alle Veranstaltungen in Bayern sind künftig mit weniger Beschränkungen und mit einem Wahlrecht des Veranstalters zur Kapazitätsentlastung möglich. Das heißt: Der Veranstalter kann selbst überlegen, welchen Weg er geht. Das gilt für den gesamten Kulturbereich, für Konzerte, Museen und alles andere. Das gilt auch für den Sport; das wird insbesondere im Indoor- und Hallenbereich und den dort stattfindenden Sportarten wie Handball, Basketball oder Eishockey sehr wichtig sein. Das gilt auch für alle

Freizeitaktivitäten wie Bäder, Schifffahrten oder Seilbahnen usw. Steh- und Sitzplätze sind künftig gleichgestellt; hier gibt es keine Unterscheidung mehr.

Im Innenbereich gibt es eine Wahlfreiheit der Veranstalter zur Kapazitätsauslastung. Das bedeutet, dass es bis zu einer Besucherzahl von 5.000 Personen – das ist die Grenze, die der Bund gesetzt hat – ein Wahlrecht gibt. Der Veranstalter kann also jetzt entscheiden. Wenn der Veranstalter ab jetzt alle Plätze besetzen will und weiterhin den Mindestabstand einhalten kann, dann gilt die Maskenpflicht bis zum Platz. Wenn der Veranstalter alle Plätze besetzen will, den Mindestabstand aber nicht einhalten kann, dann braucht es auch am Platz eine Maske. Wenn der Veranstalter etwas weniger Plätze besetzt und den Mindestabstand gewährleistet, dann gilt die Maskenpflicht bis zum Platz, aber nicht mehr am Platz. Grundsätzlich muss jeder ein Hygienekonzept haben; dieses fällt nicht weg. Das ist eine deutliche Erleichterung. Das kann dann der Veranstalter entscheiden.

Bei größeren Veranstaltungen ab 5.000 Personen greift die Bundesregel, wonach eigentlich nur 50 % der Zuschauer bzw. maximal 25.000 Zuschauer erlaubt sind. Wir interpretieren das so: Bei bis zu 5.000 Personen bleibt die Regel, ab 5.000 Personen wird alles Dazukommende zu 50 % addiert. Ein Beispiel: In Augsburg gibt es eine Eishockeyhalle, die 6.000 Personen fasst. In der Folge heißt das, dass maximal 5.000 Personen plus die Hälfte der Differenz gewährleistet sind; das wären weitere 500 Personen, also insgesamt 5.500 Personen. Der Veranstalter entscheidet. Besetzt er alle Plätze, dann gilt die Maskenpflicht auch am Platz. Kann er den Mindestabstand gewährleisten, dann gilt die Maskenpflicht nur bis zum Platz.

Meine Damen und Herren, das ist ein Riesenschritt nach vorne. Damit können alle Veranstalter im Kultur- und Sportbereich, bei Messen und anderswo endlich ihren normalen Tätigkeiten nachgehen, und der Bürger kann mit dem Veranstalter entscheiden, welchen Weg er geht. Hier ist Schutz gewährleistet und gleichzeitig eine neue Phase der Freiheit eingeleitet. Das ist ein richtiges Konzept.

(Beifall)

Ein Satz zu 2G: 2G wird weder staatlich verordnet noch kann es staatlich verboten werden. Wenn ein Veranstalter das tun will, dann kann er das natürlich; das obliegt ihm selbst. Natürlich wird es für 2G-Veranstaltungen aufgrund der Tatsache, dass Genesene und Geimpfte kaum oder keine Gefahr mehr darstellen, deutlich leichtere Hygieneregeln geben müssen.

Bei der Gastronomie gilt die 3G-Regel, und es gibt keine coronabedingte Sperrstunde mehr. Clubs und Discos bekommen eine Perspektive; das ist sicherlich die größte Herausforderung, aber es geht. Wir werden ab Oktober beginnen, weil dann die Ferien vorbei sind, die Schule bereits zwei bis drei Wochen läuft und wir eine bessere und stabilere Situation haben. Mit einem PCR-Test kann man dann wie in Baden-Württemberg Zugang bekommen. Vollständig Geimpfte brauchen natürlich keinen Test; das ist ganz klar. Das ist nicht nur ein Angebot an die Betreiber, sondern an viele junge Menschen. Übrigens: Wer sich jetzt schneller impfen lässt, hat dann natürlich auch ganz andere Möglichkeiten. Auch das ist ein wichtiges Signal und ein Anreiz an dieser Stelle. Clubs und Discos haben ab Oktober in Bayern wieder eine neue Perspektive, meine Damen und Herren.

Im Handel gilt keine 3G-Regel und keine Quadratmeterzahl mehr, aber die Maskenpflicht. Die Quadratmeterzahl gilt übrigens auch für Dienstleister wie Friseure und andere nicht mehr.

Zur Schule: Die Schule ist für uns alle sehr zentral. Wir haben das im letzten Jahr alles erlebt und auch mitgelitten. Im letzten Jahr gab es bei der Schule immer wieder die eine oder andere Richtung, Versprechen und neue Entscheidungen. Es war für alle Beteiligten nicht leicht. Ich muss aber ehrlich sagen: Ich bleibe dabei. Natürlich ist die Bildungsschere in bestimmten Bereichen weiter auseinandergegangen, dort, wo es Sprachprobleme gibt oder die Eltern nicht so stark unterstützen können; das stimmt. Wir haben viel nachzuholen, und das hat auch psychologische Folgen ergeben. Aber

mit Blick auf die Ergebnisse der Abschlussprüfungen bin ich persönlich davon beeindruckt, welche schulischen Leistungen diese Generation in dieser extrem schwierigen Situation erbracht hat. Ich muss ehrlich sagen: Lassen Sie uns bitte einfach stolz sein und nicht immer von dieser Generation als verlorene reden; das habe ich von manchen – nicht hier im Raum – gehört. Wir sind stolz auf diese jungen Menschen, und ich finde es toll, dass die Landtagspräsidentin heute zum Start in ein neues Kapitel für all diejenigen, die ihre berufliche Ausbildung beginnen, Glückwünsche ausspricht. Auch ein Kompliment an alle, die tolle Schulabschlüsse gemacht haben. Darauf sind wir stolz!

(Beifall)

Wir haben deswegen aber auch die Aufgabe, maximalen Einsatz zum Schutz in der Schule zu zeigen. Das ist auch eine moralische Verpflichtung, die daraus erwächst. Präsenzunterricht ist das klare Ziel. Alle Inzidenzregelungen zu Präsenz- und Wechselunterricht sind gestrichen worden. Wir wollen Präsenzunterricht mit folgenden Schutzmaßnahmen haben; das ist sehr wichtig, weil wir die Inzidenzen bei den Jüngeren gesehen haben:

Zum einen wird das Impfen mit Hochdruck vorangebracht. Mein Eindruck ist übrigens, dass das bei den Schülern sehr gut angenommen werden wird, gerade wenn es vielleicht sogar während des Unterrichts stattfindet. Ich kann mir vorstellen, dass das die Impfbereitschaft nicht sinken lässt. Die Maskenpflicht gilt am Platz auf jeden Fall in den ersten Wochen nach Schulstart, um zu sehen, wie sich das Infektionsgeschehen entwickelt. Es wird ausführlich getestet; das gilt nicht für die Zweifachgeimpften, die aber bislang nur einen sehr geringen Anteil ausmachen. Bei den weiterführenden Schulen wird dreimal, in den Grund- und Förderschulen zweimal pro Woche getestet. Endlich sind hier die Lolli- und Pool-Tests zugelassen. Übrigens gilt der Schultest auch als Test für alle anderen Fragen zu 3G. Die Tests sind dort kostenlos.

Ganz wichtig ist, dass die Quarantäneregeln jetzt mit mehr Augenmaß gemacht werden; hier bin ich dem Kultusminister und dem Gesundheitsminister dankbar. Die Wahrheit ist: Würden die alten Regeln gelten, könnten gerade in der jetzigen Situation ganze Klassen oder Schulen für 14 Tage in Quarantäne geschickt werden. Das könnte wiederum Schulschließungen durch die Hintertür bedeuten.Wir wollen beides nicht: keine ganzen Klassen im Quarantäne und auch nicht für 14 Tage. Es wird nach dem Einzelfall beurteilt, vor allem im unmittelbaren Umfeld des betroffenen Schülers. Gegebenenfalls wird es für diesen Schüler eine Quarantäne von fünf und nicht von 14 Tagen geben. Diese Punkte haben wir mit den Experten besprochen. Die restlichen Schüler der Klasse werden dann sieben Tage lang getestet, sodass die Sicherheit in der Schule gewährleistet ist.

Klar ist auch: Durch Luftreiniger, sofern sie vorhanden sind, wird die Sicherheitslage verbessert. Unter Umständen kann mit ihnen überhaupt auf eine Quarantäne verzichtet werden. Das Angebot des Staates, Bund und Land, für Luftreiniger wurde erst zu 10 % abgerufen. Die Luftreiniger werden ihre Hauptwirksamkeit nicht unbedingt zum Schulstart entfalten. Aber ich kann nur dazu raten. Es muss auch niemand Sorge haben, auch wenn nicht alle Schulen diese Geräte bereits zum Schulstart Mitte September erhalten werden. Das klassische Lüften ist sehr gut. Sobald es aber kälter und regnerischer wird, kann diese Option nicht mehr so oft gezogen werden. Deshalb sollten die Schulen das Angebot des Staates überdenken. Wir machen dieses Angebot. Wir glauben, dass Luftreiniger insbesondere im Herbst und im Winter eine gute Option sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Angebot des Staates steht.

(Beifall bei der CSU)

Für uns ist das Thema "Schule" zentral, daher haben wir es im Blick. Das gilt auch für die Themen "Kita" und "Hochschule". Für beide gilt das Ziel, die Präsenz und die Betreuung zu erhalten. Bei den Kitas gibt es zweimal pro Woche ein Testangebot. Bei den Hochschulen wird endlich die Präsenz mit Test ermöglicht. An dieser Stelle möchte ich erwähnen: Die Hochschulen sowie die Studentinnen und Studenten haben die

Herausforderungen still und leise in hervorragender Weise bewältigt. Natürlich besteht bei den Hochschulen eine andere Situation, weil dort andere virtuelle Angebote gemacht werden können und die Studentinnen und Studenten selbstständiger sind. Bestimmte Studienfächer setzen eine häufigere Anwesenheit an den Unis voraus als andere. Trotzdem möchte ich den Studentinnen und Studenten an dieser Stelle sagen: Wir haben euch nicht vergessen. Wir haben euch immer im Blick gehabt. Mein herzliches Dankeschön! Jetzt gibt es wieder Präsenz!

(Beifall bei der CSU)

Das sind die Maßnahmen. Übrigens: Diese Verordnung ist nur halb so lang wie die alte. Vielleicht wird damit auch ein Stück weit dokumentiert, dass es einfacher wird. Die Verordnung ist einfacher, setzt auf Eigenverantwortung und schützt. Wir müssen uns an die Regelungen erst ein bisschen gewöhnen, weil es anders ist als in den letzten anderthalb Jahren. Ich sage aber aus Überzeugung: Wir können diese Verordnung mit gutem Gewissen vorschlagen und empfehlen. Wir müssen immer auf den Schutz achten. Wir haben aber inzwischen 60 % Geimpfte. Jemand, der zweifach geimpft ist, stellt nach menschlichem Ermessen für sich und andere keine Gefahr mehr dar. Für diese Person kann ich Einschränkungen von Rechten nicht mehr begründen. Deswegen ist dieser Schritt jetzt richtig. Wir könnten noch darüber streiten, ob wir ihn vier Wochen früher hätten gehen sollen oder später gehen sollten. Entscheidend ist aber, dass dieses Vorgehen die Basis für die gesamte Corona-Politik der Zukunft sein wird.

Dies ist keine kleine Etappe, sondern eine grundlegende strategische Ausrichtung für die weitere Entwicklung und Bekämpfung von Corona. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Corona verlangt uns allen viel ab. Das wird auch so bleiben. Ich befürchte, dass wir es nie jedem hundertprozentig recht machen können. Wir versuchen aber, das Beste für die Allgemeinheit zu erreichen. Das ist das Motiv.

Ich bedanke mich bei meiner Fraktion und bei der Fraktion der FREIEN WÄHLER für die Ausarbeitung dieser Verordnung. Wir haben diese Verordnung gemeinsam und

konstruktiv erarbeitet. Das ist in diesen Pandemiezeiten ein wichtiges Signal. Ich hoffe, dass viele Menschen das Impfangebot weiter nutzen. Jede weitere Impfung ist ein Schritt im Wettlauf gegen die Zeit und gegen Corona. Jede Impfung mehr hilft uns, das Leben für alle zu erleichtern. Deshalb wünsche ich mir möglichst viele und möglichst schnelle Impfungen und wenige Erkrankungen. Im Falle von Erkrankungen stehen unsere Krankenhäuser bereit und werden helfen.

In diesem Sinne bedanke ich mich sehr herzlich für die bevorstehende Diskussion. Manche mussten dafür sogar aus ihrem Urlaub zurückkommen. Ehrlich gesagt, es geht aber auch um sehr viel. Deswegen bleibt mir am Schluss nur eines zu sagen: Wir machen eine gute Verordnung. Gott schütze weiter unser großartiges Land!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Bevor wir in die Debatte einsteigen, möchte ich Ihnen noch etwas verkünden: Am 1. September beginnen nicht nur die Azubis. Wir haben auch im Hause ein paar neue Funktionen. Nachfolger von Herrn Kammermeier als Stellvertretender Direktor ist jetzt Herr Alert. Frau Fröhlich ist jetzt Abteilungsleiterin. Auf ihrem Stuhl hat Frau Dr. Corlazzoli Platz genommen. So viel zur Information der Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich eröffne jetzt die Aussprache. Wir haben eine Gesamtredezeit von 101 Minuten festgelegt. Wir hatten eine längere Regierungserklärung. Die CSU bekommt deshalb eine zusätzliche Redezeit von zwei Minuten. Die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der SPD bekommen jeweils eine zusätzliche Minute. Die Fraktion der FDP bekommt zusätzlich zehn Sekunden. – Der erste Redner ist Herr Kollege Ludwig Hartmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was bereits gestern und heute bei der Pressekonferenz verkündet worden ist,

wurde heute noch einmal im Landtag verkündet. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, was Sie heute verkündet haben, ist nicht mehr und nicht weniger als das Gebot der Stunde. Da bin ich bei Ihnen.

Beim Ziel sind wir uns wohl einig. Wir wissen, dass die Impfquote deutschlandweit bereits 60 % erreicht hat. Die Infektionslage ist komplett anders einzuschätzen. Deshalb brauchen wir natürlich eine völlig andere Lageeinschätzung als bisher. Die von Ihnen angekündigten Lockerungen der Corona-Einschränkungen sind verfassungsrechtlich geboten.

Nicht einig sind wir uns beim Weg und dem Management. Uns allen war klar: Sobald die Impfkampagne gestartet ist, werden wir irgendwann einmal zu einem Zeitpunkt kommen, an dem 60 % oder mehr geimpft sein werden. Unsere Verfassung macht es deutlich: Unser Staat schuldet den Menschen ihre Grund- und Freiheitsrechte. Was man schuldet, das gibt man zurück.

Wo die Einschränkung von Freiheiten und Grundrechten nicht mehr verhältnismäßig ist, wird ihre Rückgabe rechtlich und moralisch zur Pflicht. Ich sage das nicht zum ersten Mal im Bayerischen Landtag. Wir haben schon einige Corona-Wellen erlebt, gerade läuft die vierte. Ich freue mich, dass Sie jetzt auf diesen Weg eingeschwenkt sind; denn die Akzeptanz der Maßnahmen, die wir zu einem Zeitpunkt, als die Inzidenzen noch relativ hoch waren und die Krankenhäuser eine hohe Auslastung hatten, mitgetragen haben, sinkt. Die Inzidenzzahlen sind bereits im Frühsommer deutlich gesunken. Die Akzeptanz der Maßnahmen ist dadurch bereits im Sommer deutlich zurückgegangen.

Ich möchte ganz deutlich sagen: Es ist immer eine eigene Entscheidung, wenn sich jemand nicht impfen lassen möchte. Eine solche Person zeigt sich nicht mit Kindern und Menschen mit Vorerkrankungen solidarisch; diese Menschen können sich nämlich nicht impfen lassen. Eine solche Person kann deshalb nicht erwarten, dass alle anderen auf ihre Freiheit verzichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für Geimpfte und Genesene müssen die Einschränkungen enden. Wir haben jetzt eine Impfquote von über 60 % und eine geringe Auslastung der Krankenhäuser. Einschränkungen sind da nicht mehr verhältnismäßig. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist gut, dass Sie jetzt diesen Weg gehen. Gute Dinge darf man kopieren, auch in der Politik. Herr Ministerpräsident, Sie haben gestern bei der Pressekonferenz zweimal erwähnt, wie oft Sie nach Baden-Württemberg geschaut und dortige Regelungen aufgegriffen haben. Deshalb ist es selbstredend, dass wir diese Maßnahmen mittragen, die Sie aus einem grün-regierten Bundesland übernommen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wir begrüßen, dass Sie die Kontaktbeschränkungen im privaten Bereich komplett aufheben. Sie haben sicherlich noch die Situation von vor anderthalb Jahren im Kopf, als die ersten Beschlüsse gefasst worden sind. Gut, dass diese Situation endet und diese Beschlüsse komplett aufgehoben werden.

Gut ist auch, dass Sie beim Thema Clubs, Diskotheken, wie Sie es nennen, unser Konzept vom Juli 2021, also von vor zwei Monaten aufgegriffen haben. Damals haben wir gefordert, 3G bei Clubs einzusetzen, also: geimpft, genesen oder getestet. Wir haben das zu einer Zeit in die Debatte eingebracht, als es wichtiger gewesen wäre als jetzt. Das war das Zeitfenster, als wir die großen Festivals, partyähnliche Zusammenkünfte von Menschen in unseren Parks und Städten hatten. Polizei, Anwohner und Eltern wären dankbar gewesen, wenn wir schon zu diesem Zeitpunkt diesen pragmatischen Weg gegangen wären. Jetzt kommt: Lieber später als nie. – Da will ich gar nicht so kleinlich sein, Hauptsache es kommt. Das ist ganz wichtig, nicht nur für die Betreiber*innen der Clubs, sondern auch für die jungen Menschen, die sich so stark eingeschränkt haben, um in der ersten, zweiten und dritten Corona-Welle Ältere zu schützen. Es ist ganz klar: Das Feiern muss für die jungen Menschen wieder möglich sein, bevor Corona ihre ganze Jugend verschlungen hat.

(Beifall)

Ich möchte noch mal zu einem Punkt kommen, den ich vorher kurz angesprochen habe: wie man sich darauf vorbereiten kann. Sie haben lange über das Impfen gesprochen, Herr Ministerpräsident; da bin ich vollkommen bei Ihnen, da haben Sie viel Richtiges gesagt. Ich hätte mir aber gewünscht, dass Sie deutlicher ausführen, wie der Start zum Schulbeginn aussieht, wie das Testen mit PCR-Lolli-Pool-Test wirklich umgesetzt wird. Sie haben am Anfang richtig gesagt, die höchste Inzidenz sei bei den 16- bis 19-Jährigen. Das würde doch heißen, die besten und verlässlichsten Testverfahren genau in dieser Gruppe an den Schulen einzusetzen. Aber genau das machen Sie jetzt nicht; Sie bleiben bei den Grund- und Förderschulen; da werden die PCR-Tests eingeführt. Machen Sie im Bildungsbereich bitte nicht nur einen halben, sondern einen ganzen Schritt in die richtige Richtung! Da muss es vorbereitet werden, damit das Sicherheitskonzept, das Sicherheitsnetz, wirklich funktioniert. Das sind wir unseren Kindern wirklich schuldig.

(Beifall)

Wir brauchen ja nur in das Bundesland Ihres Kanzlerkandidaten zu blicken. Das wollen wir, glaube ich, hier in Bayern nicht erleben, dass bereits 14 Tage nach dem Schulstart wieder 30.000 Schulkinder in Quarantäne sind. Die Inzidenzen bei den Schülern sind dort deutlich nach oben gegangen. Das heißt doch: Dieses Schutzkonzept muss man gut vorbereiten. Inhaltlich sind wir auf einer Linie, die Schulen offenzuhalten, weil Schule Lebensraum und auch ein Ort zum Wohlfühlen für die Kinder ist, wo sie soziale Kontakte kennenlernen sollen. Das ist vorzubereiten.

Ich sage das deshalb so deutlich, weil wir das dritte Schuljahr mit Corona erleben. Sie hatten lange genug Zeit, das richtig vorzubereiten. Die PCR-Tests sind organisatorisch kompliziert – da bin ich bei Ihnen –: Das muss eingesammelt, muss schnell ausgewertet werden. Aber Österreich macht es uns vor, es funktioniert. Was wäre – als Vorschlag für den Schulstart, damit er gut funktioniert –, wenn wir einfach sagen würden,

um wirklich verlässliche Ergebnisse zu haben: Am ersten Tag werden alle mit einem PCR-Test getestet, und am zweiten Tag geht die Schule los? Wir wollen die Schulen doch dauerhaft sicher und stabil offenhalten. Da wäre der PCR-Test die richtige Wahl. Mich wundert's dass Sie da wirklich wieder nur den halben Schritt gehen und nicht den Ganzen.

(Beifall)

Bei der Schule müssen wir uns immer bewusst sein, dass die Situation seit eineinhalb Jahren besteht; Sie haben es richtig angesprochen. Sie hätten auch sagen können, man hat Sachen versprochen, die man nicht halten konnte. – Da brauchen wir jetzt nicht tiefer einzusteigen. Aber Sie haben deutlich gemacht, wie schwierig das ist. Wenn man das seit eineinhalb Jahren weiß, warum kann man das dann nicht richtig vorbereiten, damit das Schuljahr mit einem richtig guten Testkonzept startet? Ich kann das nicht verstehen, allein aus dem Grund: Das Testen an den Schulen trägt zur Eindämmung der Pandemie bei, weil wir genau wissen, was dort passiert und weil dort die Inzidenzen gerade so hoch sind. Darauf zu hoffen, dass das Impfen dort schnell vorangeht, ist mir etwas zu wenig – ich sage es ganz deutlich.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Menschen haben in den letzten Monaten wirklich Zusammenhalt bewiesen. Vor allem haben sie sich an die Abstandsregeln und an die Hygienekonzepte gehalten; viele haben sich, Gott sei Dank, impfen lassen, auch viele – es könnten deutlich mehr werden, da bin ich bei Ihnen –, die nicht zu einer Risikogruppe gehören, die es aber getan haben, um andere Menschen zu schützen. Genau diese Solidarität brauchen wir, um Corona langfristig zu besiegen.

Herr Ministerpräsident, ich glaube, Sie haben eine Viertelstunde lang über die allgemeine Einordnung gesprochen – das kann man tun, das gehört mit dazu –, sehr viel über das Impfen, wie wichtig das sei. Sie haben auch über das Nord-Süd-Gefälle gesprochen. Das ist richtig, die Zahlen habe ich mir auch angeschaut. Ich frage mich

aber: Wäre das nicht genau der Punkt beim Thema Impfen? Ist das nicht genau die Stelle, wo es richtig wäre, den Ehrgeiz, den Wunsch, immer Erster zu sein, ganz vorne zu stehen, richtig einzusetzen? Das wäre doch die Aufgabe, und da braucht Bayern eine deutlich bessere Impfkampagne, als sie heute läuft; das wissen wir ganz genau.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben es mehrfach angesprochen, dass wir die Impfkampagne auf bessere Füße stellen müssen. Gestern wurde gesagt, dass es jetzt die Informationen in mehreren Sprachen gibt. Das ist richtig und gut. Kommen sie aber auch dort an, wo sie ankommen müssen? Schaffen wir es, dass Fake News verschwinden und wir deutlich machen, wie sicher die Corona-Impfung ist? Schaffen wir es, ein Angebot zu machen, dass die Impfung zu den Menschen kommt und nicht umgekehrt? Da müssen wir deutlich besser werden.

Ich bitte Sie, den Blick nicht nur auf die Schule zu richten. Es ist richtig, dort ein gutes Angebot zu machen, aber bitte vernachlässigen Sie nicht die Erwachsenen, die sich auch noch impfen lassen sollen, damit die Impfquote deutlich steigt.

Es ist richtig, wir alle wollen keinen Impfzwang, aber wir müssen das Angebot so gut machen, dass man es leicht annimmt, dass man wirklich gerne mitmacht. Ich möchte wirklich alle Menschen in unserem Land bitten, die noch nicht geimpft sind, sich das wirklich gut zu überlegen, sich die Informationen zu holen. Ich bin davon überzeugt: Viele werden zu der Entscheidung kommen, dass man sich guten Gewissens impfen lassen kann, und vor allem zu der Einsicht, dass man sich und andere damit schützt; darauf kommt es an.

Wir müssen die Impfkampagne deutlich beschleunigen; denn wir alle wissen, dass Corona in der kälteren Jahreszeit wieder auf einen Höhepunkt kommen kann; das wissen wir aus den letzten Monaten. Das heißt, wir haben da nicht mehr ganz so viel Zeit. Da müssen wir deutlich besser werden.

Wir GRÜNE haben bereits in der Erwiderung auf die Regierungserklärung im April 2020 gesagt, wie wichtig es ist, die Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten immer ganz genau abzuwägen. Bei einer Impfquote von 60 % im Land, die hoffentlich noch steigt, ist für uns der Zeitpunkt erreicht, an dem die Einschränkungen für Geimpfte und Genesene zurückgenommen werden müssen. Übrigens: Es sind ja keine Privilegien, die der Staat genießt, sondern es sind unverhandelbare Grundrechte. Sie müssen zurückgegeben werden, wenn es das Infektionsgeschehen zulässt. An diesem Punkt sind wir aktuell.

Ich möchte am Schluss noch um eines bitten, Herr Ministerpräsident. Sie haben selber angesprochen, man kann das vier Wochen früher oder ein paar Wochen später tun. Mich erstaunt trotzdem der Zeitpunkt. Ich finde, die Maßnahmen sind richtig, und sie gehen in die richtige Richtung, aber wenn man sich so lange Zeit lässt, diesen Punkt zu setzen – ich will Ihnen gar nicht mal Wahltaktik vorwerfen; das kann man machen, muss man aber nicht machen –, wäre es doch umso wichtiger gewesen, diese Maßnahmen richtig vorzubereiten. Das Gleiche trifft auch bei der Krankenhausampel zu. Das Instrument ist richtig. Aber was genau daraus folgt, wenn die Ampel umspringt, dazu sind Sie ziemlich im Vagen geblieben. In Ihrer neuen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung ist dazu wenig zu finden. Ich finde, die Menschen im Land haben schon einen Anspruch darauf, zu erfahren, was dann folgt, wenn die Ampel auf Rot springt. Dass das passiert, wünschen wir uns alle nicht; darauf sollten sie aber vorbereitet sein. Das haben Sie heute leider nicht gesagt. Ich vermisse das. Das zeigt, dass es Ihnen heute doch wieder eher um Wahlkampf als darum ging, die Weichen auf Sicherheit für die nächsten Monate in der Corona-Pandemie zu stellen.

(Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht nun der Kollege Thomas Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben Corona in die Schranken weisen können. Die Infektionszahlen sind in den Sommer hinein Gott sei Dank drastisch zurückgegangen. Wir haben mehrere wirksame Impfstoffe, und wir haben diese auch wirksam zum Einsatz gebracht. Schneller als von vielen erwartet, konnten wir allen ein Impfangebot machen. Über 15 Millionen Impfungen sind in Bayern bisher verabreicht worden. Über 60 % der Bevölkerung und sogar 65 % der über Zwölfjährigen – von denen müssen wir eigentlich ausgehen, da für die jüngeren noch kein Impfstoff zugelassen ist – sind in Bayern mittlerweile geimpft. Dies bedeutet, wir sind zwischenzeitlich besser aufgestellt als der einstige Klassenprimus Israel oder die USA. Millionen Menschen haben von unserem Impfangebot Gebrauch gemacht, um sich und andere möglichst wirksam zu schützen, und zwar aus eigener Verantwortung und ohne jede Impfpflicht, die wir von Anfang an alle zusammen klar ausgeschlossen haben.Allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich bisher für eine Impfung entschieden haben, die umsichtig und vorsichtig geblieben sind und die sich weiterhin freiwillig testen lassen, sage ich an dieser Stelle einen sehr herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bei dieser Gelegenheit füge ich gleich hinzu: Wir werden auch in Zukunft darauf angewiesen sein, dass die Menschen mitmachen und sich an die Vorgaben halten. Nur dann können die Vorgaben insgesamt Erfolg haben. Die Menschen sind es, die Corona einmal mehr in die Schranken gewiesen haben. Ihnen haben wir zu verdanken, dass wir heute mehr Freiheiten haben und deutlich besser als noch vor wenigen Monaten dastehen.

Meine Damen und Herren, die Inzidenz unter den vollständig Geimpften lag vergangene Woche in Bayern bei 9; unter den Ungeimpften lag sie bei 110. Allein diese Zahlen belegen, wie wichtig, erfolgreich und sinnvoll die Corona-Impfung ist, zum eigenen Schutz, aber auch zum Schutz der anderen. Corona ist von einer Pandemie, die alle gleichermaßen betroffen hat, inzwischen vor allem zu einer Pandemie der Nicht-

geimpften geworden. Zwar wissen wir, dass sich auch Geimpfte mit der Delta-Variante anstecken können und diese auch weitergeben können, sie erkranken aber viel seltener so schwer, dass eine Behandlung im Krankenhaus oder gar eine Beatmung notwendig wird. Deshalb ergibt Impfen Sinn, und deshalb werben wir weiterhin mit aller Kraft für eine hohe Impfquote. Impfen ist der wichtigste Beitrag, um diese Pandemie überwinden zu können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Leider sind wir momentan noch nicht so weit. Leider ist Corona noch nicht vollständig überwunden. Stattdessen baut sich gerade die vierte Welle auf, wie wir alle sehen können. Die Delta-Variante zeigt uns, wie gefährlich Corona-Mutationen sind. Delta ist leider deutlich ansteckender als die erste Variante oder der Wildtyp des Erregers. Laut einer britischen Studie ist das Risiko für eine Krankenhauseinweisung bei Delta doppelt so hoch. Insbesondere in den jüngeren Altersgruppen, die nicht geimpft sind, führt Delta zu mehr Hospitalisierungen, und auch Jüngere leiden – ich will dies nicht wiederholen – unter Long COVID in teilweise erheblichem, ja unglaublichem Maß.

Deshalb wäre es falsch, jetzt alle Infektionsschutzmaßnahmen ad acta zu legen und auf sämtliche Sicherheitsvorkehrungen zu verzichten, wie das manche fordern. Dies würde bedeuten, alles, was wir erreicht haben, aus Unachtsamkeit, Übermut und Unwillen wieder zu verspielen. Wir wollen aber gerade unsere wiedergewonnenen Freiheiten bewahren. Wir wollen einen möglichst normalen Alltag für die Menschen – Einkaufen, Gastronomie, kulturelle Veranstaltungen –, wir wollen einen sicheren Präsenzunterricht an unseren Schulen, und wir wollen verlässlich geöffnete Kitas, auch dann, wenn die Infektionszahlen im Herbst wieder ansteigen sollten.

Daher wäre es fahrlässig und kontraproduktiv, gerade jetzt alle Corona-Maßnahmen aufzuheben, wie dies beispielsweise die FDP fordert. Von der AfD will ich in diesem Zusammenhang gar nicht sprechen, weil es sich nicht lohnt, diese Forderungen zu bewerten, meine Damen und Herren. Corona lässt sich nicht durch einen festen Stichtag

beenden, schon allein deshalb nicht, weil nicht alle Bevölkerungsgruppen durch eine Impfung geschützt werden können. Kinder, Schwangere und Menschen mit bestimmten Erkrankungen – auch an diese Menschen müssen wir alle denken. Wer alles aufheben will, der sorgt letztlich für eine schnelle Durchseuchung der ungeimpften Bevölkerung mit den entsprechenden gesundheitlichen Folgen – Todesfolgen, aber auch schweren Erkrankungen. Dies ist nicht Ziel unserer Politik und auch keine verantwortungsvolle Politik. Wir müssen vielmehr alles dafür tun, dass sich immer mehr Menschen schützen lassen, damit uns dies erspart bleibt.

Meine Damen und Herren, vielmehr ist es jetzt an der Zeit, bei einer Impfquote von über 60 % eine neue Balance zwischen Eigenverantwortung und Sicherheit festzulegen, wie es der Ministerpräsident eben beschrieben hat. Wir sind einerseits noch nicht am Ende der Pandemie, aber wir sind andererseits durch die Impfungen heute in einer ganz anderen Situation als vor einem Jahr. Um dies noch einmal zu betonen, meine Damen und Herren: Die andere Situation ist nicht etwa dadurch entstanden, dass sich die Krankheit abgeschwächt hat, sondern nur dadurch, dass wir bei Impfungen vorangekommen sind. Dies heißt andersherum gedacht: Wer sich gegen Impfungen ausspricht, der muss wissen, dass, hätten wir nicht geimpft, die Situation jetzt wesentlich ernster als vor einem Jahr wäre, weil Delta wesentlich gefährlicher ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben bisher die Inzidenz zum Maßstab genommen, um das Gesundheitssystem nicht zu überfordern, weil die Inzidenz bislang ein wichtiger und vor allem frühzeitiger Indikator war, wie sich in Folge der Neuinfektionen auch die Zahl der Krankenhausbehandlungen entwickeln wird. Jetzt ist aber der Zeitpunkt gekommen, an dem wir sagen: Wir können uns von der ausschließlichen Betrachtung der Inzidenzwerte verabschieden und uns an der Belastung der Krankenhäuser und Belegung der Intensivbetten orientieren. Dies können wir deshalb, weil viele Infizierte bei der aktuellen Impfquote nicht mehr automatisch viele Kranke oder viele Hospitalisierungen bedeuten.

Bei gleicher Anzahl der Ansteckungen müssen inzwischen viel weniger Menschen als vor einigen Monaten ins Krankenhaus.

Ich sage deutlich: Jetzt ist dieser Zeitpunkt gekommen. Jetzt ist weit mehr als die Hälfte der bayerischen Bevölkerung geimpft. Wer dagegen schon Anfang März auf ganz andere, kaum greifbare Indikatoren setzen wollte, hätte damit in der dritten Welle noch ziemlich sicher Schiffbruch erlitten und womöglich unser Gesundheitssystem in ernste Gefahr gebracht. Man muss bei einer solchen Pandemie eben immer angemessen und zum richtigen Zeitpunkt handeln. Zu frühes Handeln ist falsch, aber auch zu spätes Handeln ist falsch. Ich glaube, wir haben auch hinsichtlich der Zeiträume sehr gut durch diese Krise gesteuert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben dank unserer Impfstrategie eine neue Lage. Darauf reagieren wir mit einer neuen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung. Ich finde es richtig, dass die Staatsregierung – obwohl es weitgehend Erleichterungen sind – diese heute dem Bayerischen Landtag vorlegt, der Gelegenheit hat, sie zu debattieren. Wir hätten natürlich auch Gelegenheit, wenn sich hier entsprechende Mehrheiten ergäben, das eine oder andere noch zu ergänzen oder insgesamt zu verändern.

Die bisher geltenden allgemeinen Kontaktbeschränkungen werden aufgehoben. Die damit verbundenen Eingriffe in die Freiheitsrechte der Menschen fallen also weg. Die medizinische Maske statt der FFP2-Maske reicht künftig aus. Es gilt der einfache Grundsatz: generelle Maskenpflicht in geschlossenen Räumen und generell keine Maskenpflicht mehr im Freien. In Zukunft wird es keinen Lockdown mehr für alle geben, also keine pauschalen Schließungen oder Beschränkungen, die allein an bestimmte Inzidenzwerte geknüpft sind. Wir werden aber auch künftig eine Überlastung unseres Gesundheitssystems verhindern. Die neu eingeführte Krankenhausampel macht die Belastung unserer Kliniken zum neuen und entscheidenden Maßstab und ermöglicht uns bei Bedarf ein rechtzeitiges Gegensteuern.

Der Staat gibt Freiheitsrechte wieder zurück und verfolgt dabei weiterhin sein Schutzversprechen für eine bestmögliche medizinische Versorgung unserer Bevölkerung. Die Basis für Öffnungen bildet das 3G-Prinzip, also Zugang für Geimpfte, Genesene und Getestete. Wir können damit den Besuch von öffentlichen Einrichtungen, Veranstaltungen, kulturellen Angeboten, Hotels, Gastronomie und vielen anderen Bereichen künftig unabhängig von den Inzidenzwerten und relativ sicher ermöglichen. Für viele Lebensbereiche wie Kultur, Veranstaltungen, Messen und Sport sind mit diesen Regelungen zahlreiche neue Möglichkeiten und Chancen verbunden.Wir schaffen mehr Flexibilität für Veranstalter, nicht zuletzt bei den Begrenzungen der Personenzahl und bei Abständen. Auch für Handel, Dienstleistungen und Freizeiteinrichtungen gibt es Erleichterungen durch den Wegfall der Besucherbeschränkungen nach Quadratmeterzahl.

Klar ist aber auch: Abstände und Masken werden uns gerade im Innenbereich zumindest durch eine gewisse Zeit auch weiterhin begleiten. Das sind einfache, aber wirksame und weiterhin notwendige Instrumente zur Eindämmung des Infektionsgeschehens.

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass die Zeiten von Homeschooling und Wechselunterricht an unseren Schulen vorbei sind. Es muss daher niemand mehr den Übergang zum Wechselunterricht ab einer Inzidenz von 100 befürchten. Wir wollen die Schulen für alle durchgehend öffnen. Dafür haben wir ein umfassendes Testkonzept für die Schulen entwickelt und stecken gemeinsam mit den Kommunen viel Geld zum Beispiel in die Anschaffung von Luftreinigern.

Herr Hartmann hat heute, obwohl er dies sicher gern getan hätte, bei seinen Ausführungen nicht viele Worte der Kritik gefunden. Aber den schulischen Bereich hat er aufgegriffen und unter anderem gesagt, dass die Maßnahmen alle nicht ausreichend seien und wir in der Schule nicht vorbereitet seien. – Ich halte diese Vorwürfe für unbegründet, meine Damen und Herren. Wir sind sehr wohl vorbereitet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Er fordert PCR-Tests an den Schulen für alle Schüler. Mir ist kein normaler PCR-Test bekannt, der nicht von medizinischem bzw. geschultem Personal abgenommen werden muss. So ist es zumindest auch im Landtag. Eine Ausnahme ist natürlich der Lolli-Test. Im Übrigen ist es normal, dass ein PCR-Test, um sicherere Ergebnisse als mit Schnelltests zu bekommen, in der Regel in ein Labor geht, meine Damen und Herren. Wir haben hier in Bayern – ich will dies nur sagen – praktisch zwei Millionen Schüler, die wir dann testen müssten, und dies mehrmals in der Woche. Da sage ich gleich: Wer dies fordert, der hat von den praktischen Anforderungen keine Ahnung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es ist richtig, dies jetzt mit einem Schnelltest zu machen, der ein relativ hohes Sicherheitsniveau hat. Man hat dann auch gleich das Ergebnis vorliegen und kann entsprechend darauf reagieren.

Im Übrigen: Ich habe vorhin im Internet nachgeschaut. Ich habe nicht gesehen, dass Baden-Württemberg ab jetzt in den Schulen ausschließlich auf PCR-Tests setzen würde – das habe ich nicht gelesen –, sondern auch die arbeiten mit einem Schnelltest-System. Fordern Sie also nicht etwas von uns, was nach meiner Kenntnis auch in dem Land, wo Sie selbst die Verantwortung tragen, nicht gemacht wird, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich sage auch nicht, Baden-Württemberg hat heute eine höhere Inzidenz als Bayern – nämlich um ungefähr zehn höher. Ausgesprochen unfair ist, dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen vorzuwerfen, dass er in seinem Land eine insgesamt hohe Inzidenz hat. Sie müssten wissen, dass in Nordrhein-Westfalen die Reiserückkehrer zu Hause sind. Wenn Sie sich in Europa umschauen, müssten Sie auch feststellen, dass die hohen Inzidenzzahlen im Moment in Ländern südlich von uns vorliegen, näm-

lich gerade auf dem Balkan – Kosovo: diese Woche eine Inzidenz von 700, Bosnien-Herzegowina: entsprechende Inzidenzen, Serbien, die Türkei: Hochrisikogebiet.

Nordrhein-Westfalen hat das gleiche Problem wie wir, nämlich dass es dort aufgrund guter wirtschaftlicher Entwicklung viele Menschen aus diesen Gebieten gibt, die bei uns arbeiten, uns willkommen sind und wichtige Arbeitsplätze besetzen, aber aus diesen Gebieten mit diesen hohen Inzidenzen zurückkommen, wodurch eine gewisse Gefahr besteht. In Nordrhein-Westfalen ist die Rückkehr halt schon passiert und in Baden-Württemberg und Bayern noch nicht oder nur zum Teil. Deswegen ist diese Argumentation, hier Laschet persönlich zu erwähnen, schäbig, Herr Kollege Hartmann.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir werden auch zukünftig Impfangebote für Kinder und Jugendliche ab zwölf Jahren machen, um somit einen weiteren Beitrag für einen möglichst sicheren Präsenzunterricht zu liefern. Verlässlicher und zugleich sicherer Präsenzunterricht – das ist unser Ziel. Daran müssen wir zum neuen Schuljahr gemeinsam mit aller Kraft weiter arbeiten, gerade weil wir derzeit viele Neuinfektionen – ich wiederhole die Zahl nicht – in diesen Altersgruppen verzeichnen und hier eben viele noch nicht durch Impfung geschützt werden konnten, Kinder unter zwölf Jahren allein schon deswegen nicht, weil für sie gar kein Impfstoff zugelassen ist. Wenn sich SPD und GRÜNE heute wieder darüber auslassen, was man an den Schulen noch viel früher noch viel mehr hätte machen können, dann will ich nur auf eines hinweisen: –

(Zuruf)

– Ich kann es mir ungefähr vorstellen, was Sie machen, Herr von Brunn. Wir kennen uns schon lange genug. Es wird keine Lobeshymne auf die Arbeit der Staatsregierung werden. – Ich nehme es gleich vorweg: Die rot-grüne Landeshauptstadt München hat fast ein Dreivierteljahr gebraucht, um ihre Haltung zu Luftreinigern in den Schulen überhaupt festzulegen. Inzwischen ist man dafür. Reichlich spät, meine Damen und

Herren. So sieht die Praxis aus, wenn SPD und GRÜNE Verantwortung tragen. Sie sollten deswegen nicht immer von oben herab andere kritisieren!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir alle hätten uns schon längst eine völlige Rückkehr zur Normalität gewünscht, ohne neue Virusmutationen und ohne weitere Corona-Welle. Aber trotzdem können wir heute in Bayern ein neues Kapitel im Kampf gegen Corona aufschlagen und mehr Normalität und Freiheiten ermöglichen. Das ist letztlich der Erfolg der Impfkampagne. Das ist der Erfolg auch dieser Staatsregierung und der sie tragenden Parteien, aber auch vieler in diesem Bayerischen Landtag. Ich meine nicht die, die dies alles unverantwortlich torpediert haben. Wenn es nach der AfD gegangen wäre und wir keine Maßnahmen ergriffen hätten, hätten wir nach den Berechnungen, Herr Ministerpräsident, des LGL in Bayern 130.000 Tote mehr und 850.000 an Long COVID-Erkrankte mehr.

(Zurufe)

Dies wären die Folgen gewesen, wenn wir nichts gemacht hätten, wie Sie uns empfohlen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt geht es darum, dass sich möglichst noch mehr Menschen impfen lassen und wir rechtzeitig die nötigen Auffrischungsimpfungen für zunächst besonders gefährdete Personengruppen hochfahren. Damit retten wir Menschenleben in einer vierten COVID-Welle. Damit schützen wir auch all jene, die sich nicht impfen lassen können. Damit wird es uns auch gelingen, Corona auf Dauer in Schach zu halten. Daran müssen wir alle arbeiten. Ich bin sicher, dass es uns gelingt. Gott schütze Bayern und seine Menschen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Kreuzer, es gibt drei Zwischenbemerkungen, die erste vom Kollegen Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Kreuzer, Sie sind ein Hauptmitverantwortlicher, und darum frage ich Sie – –

(Schlechte Tonqualität im Plenarsaal)

Thomas Kreuzer (CSU): Ich verstehe nicht. Sie haben einen ganz schlechten Ton. Es hallt so wahnsinnig. Ich will ja vernünftig antworten. Vielleicht sprechen Sie ein bisschen lauter oder langsamer. Ich habe es nicht verstanden.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich beginne noch mal, Herr Kreuzer. Sie sind ein Hauptmitverantwortlicher. Deshalb frage ich Sie: Was ist eigentlich der Unterschied zwischen einem Geimpften mit hoher, also ansteckender Viruslast und einem Ungeimpften mit der gleichen Viruslast? Beide sind Ausscheider im Sinne des Infektionsschutzgesetzes und eine Gefahr für andere. Sie sind sich dessen sicher bewusst und können mir den Unterschied erklären.

Thomas Kreuzer (CSU): Der erste Unterschied ist, dass der Geimpfte zwar in wenigen Fällen, weniger als 10 %, ebenfalls ansteckend sein kann. Allerdings steht auch fest, dass dies für einen wesentlich kürzeren Zeitraum gilt als bei einem Nichtgeimpften.

Der zweite große Unterschied: Der Ungeimpfte hat viel größere Chancen und eine viel größere Gefahr, dass er ernstlich erkrankt, ins Krankenhaus kommt und beatmet werden muss. Deswegen empfehle ich die Impfung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Frage kommt von Herrn Kollegen Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Kreuzer – also der Ton ist wirklich schlecht, ich weiß nicht, warum das so ist. – Herr Kreuzer, erklären Sie den Eltern von schulpflichtigen

Kindern da draußen doch bitte, warum die Schulen quasi der einzige Bereich sind, wo es weiterhin die 3G-Regel und eine Maskenpflicht geben soll. Halten Sie es wirklich für verhältnismäßig, gerade im Vergleich zur Innengastronomie und zu Großveranstaltungen, dass sich Schüler mehrfach pro Woche testen lassen müssen und trotzdem weiterhin eine Maske am Platz tragen müssen?

Thomas Kreuzer (CSU): Wir wollen die Schüler bestmöglich schützen. Ich hoffe, Sie haben zugehört und auch gehört, was für hohe Inzidenzwerte wir in diesen Altersgruppen leider bereits schon jetzt, vor der Ferienrückkehr, haben. Wir wissen ganz genau, dass in den Schulen die Kinder über viele Stunden relativ eng zusammensitzen. Deswegen halten wir zumindest zu Beginn des Schuljahres, wenn wir die Inzidenz- und die Erkrankungszahlen noch nicht so gut einschätzen können, weil jetzt alle aus dem Urlaub kommen, eine Maskentragepflicht für richtig. Ich glaube auch, dass die Mehrzahl der Eltern dies versteht. Denen ist es lieber, ihr Kind trägt vielleicht noch ein paar Wochen eine Maske, als dass es erkrankt oder vielleicht sogar ernstlich erkrankt und auch andere Familienmitglieder ansteckt. Deswegen ist diese Maßnahme richtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die dritte Frage kommt von Herrn Kollegen Uli Henkel.

Thomas Kreuzer (CSU): Heute alles von ganz rechts außen.

Uli Henkel (AfD): Geschätzter Herr Kreuzer, zunächst einmal muss ich für die AfD-Fraktion natürlich Ihren Vorwurf zurückweisen, dass es unter unserer Ägide Hunderttausende Tote mehr gegeben hätte. Das ist wirklich voll daneben. Meine Frage zielt aber darauf ab, und da will ich jetzt ganz ehrlich sein: Ich bin sehr enttäuscht von der heutigen Veranstaltung. Heute haben wir weder vom Ministerpräsidenten noch von Ihnen irgendwelche Neuigkeiten erfahren dürfen, die so nicht schon exakt eins zu eins in der gestrigen Pressekonferenz verkündet worden sind. Wir, die AfD, hätten uns gewünscht, dass hier und heute erst einmal eine ergebnisoffene Debatte geführt wird, und zwar zunächst über die möglichen Fehler der Vergangenheit, und dass dann die

teilweise geläuterte Corona-Politik der Staatsregierung diskutiert worden wäre, sodass wir Abgeordnete nicht lediglich über die bereits gefassten Beschlüsse in Kenntnis gesetzt werden. Das stellt doch eine Missachtung des Parlaments dar. Herr Kreuzer, wollen Sie mir deshalb heute zustimmen, wenn ich feststelle, dass diese heutige Sondersitzung des Plenums eine Farce ist, dokumentiert sie doch lediglich die Überflüssigkeit des Parlaments, zumindest aber die der Opposition?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Zeit ist vorbei.

Uli Henkel (AfD): Und jetzt wird es spannend, – –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Zeit ist vorbei.

Uli Henkel (AfD): Ja, aber nur, weil Herr Kreuzer vorhin dazwischengeredet hat.

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, die Zeit ist erst später gelaufen. Sie haben keinen Abzug gehabt. – Herr Kreuzer hat das Wort.

(Uli Henkel (AfD): Eineinhalb Minuten!)

Thomas Kreuzer (CSU): Die Argumentation, die Sie am Schluss hatten, ist wie "Ewig grüßt das Murmeltier", Herr Henkel. Das muss ich Ihnen sagen. Das haben wir in jeder Sitzung.

Es geht um eine Verordnung der Staatsregierung, die durch das Gesundheitsministerium erlassen wird. Die Staatsregierung berät, sie macht uns einen Vorschlag. Der Landtag wird befasst. Er kann durch entsprechende Antragsstellung dazu Stellung nehmen und auch Änderungen in Anträgen beantragen. Die Verordnung wird erst morgen in Kraft gesetzt, sodass der Landtag eingebunden ist. Ich kenne keinen einzigen Landtag, der in den letzten Wochen eine Sondersitzung gehabt hat und eingebunden wurde. Hören Sie also mit dieser Argumentation auf!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der erste Punkt. Ich sage es Ihnen noch einmal: Sie haben Schutzmaßnahmen weitgehend abgelehnt und sich negativ zur Impfung geäußert. Das LGL, unser Fachinstitut, sagt, hätten wir keine Schutzmaßnahmen ergriffen und nichts gemacht, dann hätten wir 130.000 Tote mehr und 850.000 Long covid-Fälle mehr. Das ist nicht das, was ich sage, sondern das, was das LGL sagt. Wenn Sie nichts gemacht hätten, wären Sie in der Verantwortung gestanden, dann wäre das eingetreten, Herr Henkel. Nicht mehr und nicht weniger sage ich.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Söder, zu Ihren Schlammwürfen: Ich bin weder Postbotin noch Strippenzieherin. Im Gegensatz zu Ihnen respektiere ich die Meinung freier Bürger.

(Beifall bei der AfD)

Gerade deswegen möchte ich danke sagen, an die vielen Helfer im Gesundheitswesen, in der Schule und in den Familien. Sie sind die Stützen unseres Volkes, nicht die Machteliten und die Politiker.

Heute beraten wir hier im Bayerischen Landtag über die neue Corona-Verordnung, die der Bayerische Ministerrat gestern einstimmig beschlossen und im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit verkündet hat. Aufgrund der weitreichenden Einschränkungen für die Bürger wäre eine ergebnisoffene Debatte im Landtag unter Beteiligung der gewählten Volksvertreter unerlässlich gewesen. Stattdessen aber sehen Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, die 18. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, die nichts anderes ist als eine Werbesendung für Markus Söder mit freundlicher Unterstützung des bayerischen Staatsfunks.

(Beifall bei der AfD)

Dieser Ministerpräsident regiert seit eineinhalb Jahren mit Notverordnungen und macht den Bayerischen Landtag zur größten Kleinkunstbühne Bayerns. Als Vorsitzende der AfD-Fraktion habe ich tiefe Einblicke in die politischen Entscheidungsprozesse gewonnen. Als Bürger dieses Landes habe ich erwartet, dass die gewählten Abgeordneten der Parteien in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Stattdessen herrscht der Ministerpräsident am Parlament vorbei und missachtet dabei die parlamentarischen Gepflogenheiten, ganz nach seinem Vorbild, der noch Bundeskanzlerin Angela Merkel. Auch sie hat die wesentlichen Entscheidungen stets im Alleingang und ohne angemessene Beteiligung des Bundestages getroffen. Ministerpräsident Söder hat diesen fast schon diktatorischen Regierungsstil kürzlich sogar gelobt und auch für Bayern abgekupfert.

Meine Damen und Herren, der Parlamentarismus in Bayern befindet sich spätestens seit der Corona-Lage in einer sehr schweren Krise. Ausgelöst wurde diese Krise nicht durch die Kritiker der Corona-Einschränkungen, sondern durch die Staatsregierung unter Söder. Zum wiederholten Mal missbraucht er den Bayerischen Landtag als Bühne für die Verkündung der Entscheidungen der Staatsregierung und degradiert den Großteil der gewählten Abgeordneten zu Statisten seiner Politik.

(Beifall bei der AfD)

Ministerpräsident Söder zeigt sich nicht nur unbelehrbar im Umgang mit dem Parlament, sondern auch im Umgang mit den Herausforderungen durch das Coronavirus. Die angekündigte neue Infektionsschutzmaßnahmenverordnung bezeichnet er großspurig als neues Kapitel der Corona-Politik. Die grundrechtseinschränkenden Corona-Maßnahmen seien Ausdruck einer neuen Balance von Sicherheit und Eigenverantwortung. Tatsächlich aber, sehr geehrte Damen und Herren, werden durch die Einführung der als Herzstück bezeichneten 3G-Regel die Daumenschrauben für die Nichtgeimpften, in Bayern sind das immerhin 40 % – 40 %! – weiter angezogen. Gleichzeitig erhö-

hen Sie den Druck gerade auf die jungen Menschen, sich impfen zu lassen, denn ab dem 11. Oktober werden die Corona-Tests nicht mehr kostenlos angeboten werden. Der Discobesuch wird durch den teuren PCR-Test zum unerschwinglichen Luxus. Herr Söder, Sie rauben einer ganzen Generation die Lebensfreude. Sprechen wir doch aus, was Tatsache ist: 3G ist nichts anderes als ein verdeckter Impfzwang, denn was bleibt den Bürgern, die sich keinen Test leisten können? Was machen die von Altersarmut betroffenen Rentner, die schon jetzt zusehen müssen, wie sie über die Runden kommen?

(Unruhe)

Es ist das gute Recht dieser Menschen, zu sagen: Nein, ich möchte mich nicht impfen lassen.

(Unruhe)

Da ist es unethisch, ungehörig, ja es ist vollkommen inakzeptabel, auf diese freien Menschen weiter Druck auszuüben. Das hat nichts mit der gepriesenen Eigenverantwortung zu tun, sondern das ist staatliche Repression in der extremsten Form. Sie, Herr Söder, spielen die Geimpften gegen die Nichtgeimpften aus. Sie spalten damit unsere Gesellschaft und bezeichnen das auch noch als neue Form der Freiheit. Mehr Hohn und Niedertracht geht hier gar nicht.

(Beifall bei der AfD)

Eine ganz schäbige Rolle spielt dabei der Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger. Er ist der Mann mit den zwei Gesichtern, der Januskopf in der Regierung Söder. Am Kabinettstisch stimmt er für die Benachteiligung der Geimpften, am Stammtisch wirbt er für die FREIEN WÄHLER um die Stimmen der Nichtgeimpften. Die Wähler in Bayern durchschauen aber dieses Spiel des Blockparteiensystems und lassen sich nicht für dumm verkaufen. Die Bürger wissen, dass Ai-

wanger nur dafür da ist, die oppositionellen Stimmen im Blockparteiensystem zu halten.

(Beifall bei der AfD)

Herr Aiwanger, wenn Sie es ernst nehmen mit der Freiheit, dann tun Sie uns endlich einen Gefallen und verlassen Sie diese Regierung der Unfreiheit und Übergriffigkeit! Beenden Sie dieses unwürdige Schauspiel für Bayern!

(Beifall bei der AfD)

Die neue Verordnung sieht die Einführung einer sogenannten Krankenhausampel vor. Damit übernehmen Sie eine Forderung, die wir als AfD von Beginn an als Indikator für die Belastung des Gesundheitssystems gestellt haben. Was genau kommt auf uns Bürger aber zu, wenn die gelbe oder die rote Ampel greift? Keiner weiß genau, was dann passieren wird, und Sie halten sich vage.

Meine Damen und Herren, wer soll bei diesen ganzen Regeln eigentlich noch durchblicken? Solche monströsen Rechtsverordnungen sind der Ausdruck einer freiheitsfeindlichen Politik, die keiner versteht.

Sie bringen in diesem Zusammenhang auch immer wieder die Kinder ins Spiel. Als Mama von vier Kindern kann ich Ihnen nur sagen: Es ist erwiesen, und es ist wissenschaftlicher Konsens, dass Kinder kein Infektionstreiber sind und eine Erkrankung bei Kindern und Jugendlichen äußerst milde verläuft. Herr Söder, wir von der AfD stehen konsequent auf der Seite der Familien. Deswegen fordere ich Sie hier im Hohen Hause auf: Hände weg von unseren Kindern!

(Beifall bei der AfD)

Als AfD wollen wir nicht, dass unsere Kinder zum Impfen genötigt oder gedrängt werden. Wir wollen auch nicht, dass Kinder hier unnötigen Gesundheitsrisiken ausgesetzt werden und unsere Kinder in der Schule eine Maske tragen müssen, obwohl sie stän-

dig getestet werden. Das ist doch vollkommen verrückt! Wir als AfD wollen eine echte Entscheidungsfreiheit, und wir stehen für Verhältnismäßigkeit. Wir sind der Garant für Eigenverantwortlichkeit und damit der einzig verbliebene Anwalt echter Freiheit in diesem Lande.

Wir wollen keine Söder'sche neue Freiheit, sondern wir fordern die Beendigung dieser irrsinnigen und unwirksamen Maßnahmen. Herr Söder, ich mache mir um Bayern große Sorgen. Unter Ihrer Regierung möchten wir Bayern einfach nur unsere Freiheit zurück.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die FREIEN WÄHLER der Kollege Dr. Fabian Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich unter dem Eindruck der Ausführungen meiner Vorrednerin zunächst wiederholen, was ich an gleicher Stelle schon einmal gesagt habe, weil sich daran im Zeitverlauf der parlamentarischen Sommerpause offenkundig nichts verändert hat. In der Bibel, in den Evangelien heißt es: Ehe der Hahn zweimal kräht, wirst du mich verleugnet haben. Hier im Bayerischen Landtag gilt schlanke 2.000 Jahre später die eiserne Regel: Immer dann, wenn jemand von der Fraktion des Herrn Hahn – heute vertreten durch Frau Ebner-Steiner – ans Rednerpult tritt, werden die Gefahren von Corona geleugnet. Angesichts von über vier Millionen toten Menschen auf diesem Erdball, knapp 100.000 toten Menschen in unserem Land und über 15.000 toten Bayerinnen und Bayern ist das mehr als geschmacklos und nur schwer zu ertragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns aus der rechtspopulistischen Traumwelt in die politische Realität zurückkehren. An den Beginn meiner Ausführun-

gen will ich die schlechte Nachricht stellen: Ja, die parlamentarische Sommerpause ist vorzeitig vorbei, und Corona ist immer noch nicht weg. Dieses Virus wird uns vorerst weiter und möglicherweise sogar dauerhaft begleiten. Es gibt glücklicherweise aber auch – der Ministerpräsident hat es angesprochen – gute Nachrichten.

Die Good News bestehen darin, dass der von uns allen interfraktionell betriebene Schulterschluss zwischen Gesellschaft, Politik und insbesondere medizinischer Forschung zwischenzeitlich reiche Früchte trägt. Gerade das Impfen hat sich als der erhoffte Game Changer erwiesen; durch das Impfen ist es gelungen, die Vorzeichen dieser Pandemielage ganz deutlich zu verändern.

Es gelingt uns immer mehr, Corona seine hässliche, seine tödliche Fratze vom Gesicht zu reißen, und es gelingt uns, dafür zu sorgen, dass wir dieser Pandemie immer mehr den Schneid abkaufen. Deshalb sind wir heute auch endlich in der Lage, einen kleinen "Freedom Day" auszurufen, alle Einschränkungen bis zu einer Inzidenz von 35 abzuschaffen und auch darüber hinaus bedeutend mehr Freiheit zu ermöglichen. Damit vollziehen wir einen echten Quantensprung, setzen einen Meilenstein in Richtung Normalität und Freiheit, und das ist gut so, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die neue – wenn Sie so wollen – Gefechtslage in unserem gemeinsamen Kampf gegen Corona stellt sich nunmehr so dar, dass auf der einen Seite immer noch diese Pandemie, unser gemeinsamer Feind, steht. Auf der anderen Seite steht unser Team Bayern im Kampf gegen Corona, das nunmehr einen erweiterten Instrumentenkasten verfügbar, ein schärferes Schwert in der Hand hat, um diese Pandemie zu bekämpfen und in die Flucht zu schlagen. Deshalb ist jetzt auch der richtige Zeitpunkt, um unsere Corona-Regeln nicht durch einzelne Verbesserungen, sondern grundständig zu überdenken und einen grundsätzlichen Aufschlag in Richtung Freiheit und Normalität im Sinne dessen zu vollziehen, was der Ministerpräsident ausgeführt hat.

Mir ist wichtig, für meine Regierungsfraktion festzustellen, dass an dieser Stelle das einschlägig ist, was man uns in Bayern in den letzten Wochen vielleicht gar nicht so sehr zugetraut hat: Wir gehen bundesweit wiederum voran. Wir als Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU sind beim Weg hinein in den Lockdown bundesweit vorangegangen, und viele haben es uns anschließend nachgemacht. Jetzt tun wir das in gleicher Weise wieder beim Weg zurück in Richtung Freiheit, in Richtung Normalität. Man kann also sagen, dass diese Bayernkoalition, die Bayerische Staatsregierung, die Zusammenarbeit von FREIEN WÄHLERN und CSU, die Benchmark ist und beim Corona-Krisenmanagement in Deutschland der Goldstandard bleibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich, bevor ich auf die Details der Neuregelungen zu sprechen komme, feststellen, dass mir sehr klar ist, dass zu Recht niemand Besserwisser mag. Niemand mag Menschen, die, nachdem Entscheidungen endlich konsentiert werden konnten, durchs Land laufen und den Menschen erzählen: Wir haben es immer schon gewusst, wir wollten es schon viel früher haben. – Deshalb will ich diese Platte für meine Regierungsfraktion heute auch gar nicht auflegen.

Ich will aber keine Mördergrube aus dem Herzen der FREIEN WÄHLER machen, wenn ich sage, dass die Dinge, die wir heute beschließen – 3G statt 2G, die Abkehr von der Inzidenzzahl, der Präsenzunterricht, die Rückkehr von Zuschauern zu Sport, Kunst und Kultur, der Entfall der Quadratmeterregel im Handel –, allesamt Dinge sind, für die wir uns in den letzten Wochen und Monaten sehr engagiert, sehr leidenschaftlich eingebracht haben. Deshalb fühlen wir uns heute in der Tat noch ein wenig wohler als ohnehin in unserer Bayernkoalition, können noch etwas überzeugter hinter den heutigen Beschlüssen stehen und sind sehr froh, an der einen oder anderen Stelle mit unseren Argumenten überzeugt zu haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Viel wichtiger als diese Zufriedenheit bei einer Regierungsfraktion ist aber das Signal, das von dieser heutigen Beschlussfassung aus Bayern hinausgeht, das insbesondere an diejenigen geht, die in den letzten Wochen versucht haben, Turbulenzen in unserer Bayernkoalition herbeizureden, herbeizuschreiben. Dieses Signal geht an diejenigen, die sich, lieber Martin Hagen, schon warmgelaufen und sich Hoffnungen gemacht haben, als Ersatzkoalitionspartner ins Spiel zu kommen.

Der Sprachduktus und die Aussage der heutigen Beschlüsse zeigt eindrucksvoll: Diese Bayernkoalition, die Kooperation und Zusammenarbeit von FREIEN WÄHLERN und CSU steht, und sie ist in der Lage, sich in schwierigsten Zeiten und angesichts der größten Herausforderungen der Nachkriegszeit zu konsentieren. Ich bin geneigt zu sagen, dass dort, wo FREIE WÄHLER und CSU miteinander um Lösungen ringen, am Ende des Tages das Beste für unser Land und seine Menschen herauskommt, und dabei bleibt es auch in Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich auf einige wesentliche Aspekte der Novelle unserer Corona-Schutzverordnung eingehen, wobei ich auf mindestens drei Aspekte in besonderer Tiefe eingehen will.

Der erste Aspekt ist die heute zu beschließende Abkehr von der Inzidenzzahl als allein seligmachende Corona-Kennziffer und damit die Idee, jetzt damit aufzuhören, jeden Morgen ähnlich wie ein Kaninchen vor der Schlange auf diese Zahl zu schauen und daran die gesamte Lebenswirklichkeit der Menschen in Bayern festzumachen. Wir FREIEN WÄHLER und auch ich persönlich haben in der Vergangenheit nicht immer zum alleinigen Amüsement des Ministerpräsidenten wieder und wieder auf die Schwächen dieser Zahl hingewiesen, weil sie im Hinblick auf die Zahl der durchgeführten Tests schwankt oder auch wesentliche weitere Faktoren wie die Hospitalisierung in den Krankenhäusern aus dem Blick verliert.Aber ich will heute auch eines ganz deutlich sagen: Diese Zahl war insbesondere in einem Zeitraum, in dem wir noch nicht

über eine ausreichende Durchimpfung verfügt haben, ein wichtiges, ein wesentliches Frühwarnsystem, um gut durch diese Pandemie zu kommen. Denn wir wussten eines: Wir konnten aus der Corona-Zahl ersehen, dass ein gewisser Prozentsatz der positiv Getesteten uns drei Wochen später in den Krankenhäusern wieder begegnet. Deshalb war es bis heute auch richtig und wichtig, uns an genau dieser Zahl auszurichten.

Heute aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben sich die Vorzeichen durch das Impfen verändert. Es ist endlich zur von uns allen angestrebten Entkoppelung zwischen der Zahl positiver Tests auf der einen Seite und der Hospitalisierungsquote auf der anderen Seite gekommen. Damit hat diese Inzidenzzahl an Aussagekraft über das Risiko, über die Gefahren dieser Pandemie verloren. Deshalb ist es folgerichtig, jetzt von ihr Abstand zu nehmen und umzustellen, diesen Dreh- und Angelpunkt der Verordnung auszutauschen, an die Stelle der Inzidenzzahl in Zukunft die Krankenhausampel zu setzen. Die Krankenhausampel sorgt für Freiheit auch bei hohen Inzidenzen und schützt uns davor, dass wir im Herbst zwar hoffentlich leere Krankenhäuser, aber trotzdem wieder geschlossene Schulen, trotzdem wieder geschlossene Gastronomie, trotzdem wieder geschlossenen Handel sehen. Die Krankenhausampel trägt auch zu einer gewissen Rückbesinnung auf die eigentlichen Ziele unserer Corona-Politik bei; denn es ging uns ja in Wahrheit nie darum, eine mathematische Kennziffer abzusenken.

Ziel unserer Corona-Politik ist es vielmehr, meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür zu sorgen – der Ministerpräsident hat es zu Recht gesagt –, dass die Kapazitäten unseres Gesundheitssystems nicht erschöpft werden, dass wir niemals in Bayern Triage wie einst in Bergamo sehen und dass möglichst wenige Menschen sich mit Corona anstecken, schwere Verläufe erleiden oder gar an Corona sterben müssen. All das haben wir mit der Krankenhausampel im Blick. Mit der Krankenhausampel schaffen wir genau das, woran die Ministerpräsidentenkonferenz auf Bundesebene gescheitert ist. Dort war man nicht in der Lage, sich zu konsentieren. Dort hat man sich von der Inzidenzzahl verabschiedet, aber hat noch kein plausibles Gegenangebot un-

terbreitet. Das, was in Berlin nicht geschafft wurde, schaffen wir hier in Bayern. Bayern geht einmal mehr voran und schafft damit die Grundlage dafür, dass unser Land und seine Menschen gut durch diesen Herbst und den kommenden Winter kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich darüber hinaus Stellung zur Entscheidung für 3G statt 2G nehmen, also zur Gleichstellung von Menschen, die geimpft, getestet und genesen sind. Ich will meinen Ausführungen dazu voranstellen, dass ich nicht nur selbst geimpft und fest davon überzeugt bin, dass Impfen unser kollektives Tor zur Freiheit ist, sondern auch schildern, dass ich mich um meinen neunzigjährigen Großvater viel kümmere. Aber mir ging es wie Ihnen allen: Ich war während der Pandemie nicht in der Lage, meine Kontakte immer perfekt zu beschränken, einfach aufgrund meiner Rolle als Politiker. Ich war gottfroh, als ich endlich mit dem Impfen dran war und endlich nicht mehr Sorge haben musste, ihn anzustecken. Ich bin fest überzeugt, dass das Impfen unser Tor zur kollektiven Freiheit und zur Normalität ist. Ich bin aber genauso davon überzeugt, meine Damen und Herren, dass eine liberale Demokratie die Menschen mit wissenschaftlichen Argumenten vom Impfen überzeugen muss, ja, dass sie das Impfen nicht anordnen kann oder darf, dass wir uns sogar einen Bärendienst im Hinblick auf die Impfbereitschaft erweisen würden, wenn wir Impfdruck aufbauen oder durch die Hintertüre konstruieren würden. Denn diejenigen, die sich impfen lassen wollten, haben das zwischenzeitlich getan. Denjenigen, die Zweifel haben, nehmen wir ihre Zweifel ganz sicher nicht, indem wir sie seitens der Politik zwingen. Damit gießen wir nur Wasser auf die Mühlen all der Corona-Leugner, all der rechten Spinner, all der Menschen, die den Impfzwang immer herbeigeredet haben. Ich glaube, wir müssen mit wissenschaftlichen Argumenten überzeugen. Deshalb ist die Entscheidung für 3G, nicht für 2G richtig.

Ich glaube auch, dass es dafür zwei demokratietheoretische Gründe gibt. Der erste Grund ist: Ich halte es für wirklich schwierig, die Rechte von Menschen einzuschrän-

ken, die per Test nachweisen können, dass von ihnen in den nächsten 24 Stunden keine Gefahr ausgeht. Selbstverständlich können wir in Diensten des Schutzes höherer Güter, in Diensten des Schutzes von Leib und Leben auch Grundrechte, Freiheitsrechte einschränken, aber eben nicht, wenn der Grund dafür entfällt und das über einen Test nachgewiesen werden kann. Zum Zweiten – ganz offen gesprochen, meine Damen und Herren – halte ich es auch für ein falsches Signal, Freiheit nur für Geimpfte zu proklamieren, weil es Menschen gibt, die sich nicht impfen lassen können. Ich würde diesen vorerkrankten Menschen, Menschen aus solchen Gruppen nur ganz ungern sagen: Pech gehabt, für euch gibt es halt keine Freiheit.

Deshalb ist die Entscheidung für 3G der richtige Weg. 3G ist unsere Zauberformel, die uns helfen wird, Sicherheit auf der einen Seite, aber auch ein Höchstmaß an Normalität und Freiheit auf der anderen Seite unter einen Hut zu kriegen. Sie ist einfach, sie ist verständlich, sie kann auch in der Zukunft, wenn noch mehr Freiheit möglich ist, immer als neue Notbremse dienen. 3G lautet also die Zauberformel Bayerns, um Sicherheit und Normalität unter einen Hut zu kriegen. Das ist der richtige Weg, die richtige Entscheidung, die wir heute miteinander treffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich drittens und letztens noch ein paar Takte zur Schule sagen. Für uns FREIE WÄHLER, die wir ja den bayerischen Kultusminister stellen dürfen, war es doch die Herzensangelegenheit der letzten Wochen, zu einer Entscheidung zu kommen, deren Überschrift "Rückkehr in die Schulen", ja: "Wieder Präsenzunterricht" ist. Ich will an dieser Stelle deshalb noch einmal begründen, weshalb das aus unserer Sicht so wichtig ist und weshalb jetzt auch der richtige Zeitpunkt ist, um das zu tun. Entscheidend dafür ist die Überlegung, dass wir durch das Impfen für die Lehrerinnen und Lehrer, für die älteren Schülerinnen und Schüler, durch die Testmöglichkeiten in den bayerischen Schulen, durch die Luftfilter zwischenzeitlich ein Höchstmaß an Schutz geschaffen haben, während noch mehr Schutz auch für die Zukunft nicht in Aussicht steht. Das heißt: Es ist davon auszugehen, meine sehr verehrten Damen und

Herren, dass sich die Lage an den Schulen in diesem Herbst wohl kaum von der Lage an den Schulen im nächsten Frühjahr, möglicherweise im nächsten Herbst, dem nächsten, dem übernächsten Winter unterscheidet. Deshalb kann es gar keine Option sein, weiterhin auf Wechsel-, auf Distanzunterricht zu setzen. Deshalb müssen wir es schaffen, wenn wir wahrmachen wollen, was der Ministerpräsident als unser gemeinsames Ziel ausgelobt hat, nämlich, dass es gerade keine verlorene Generation gibt, dass jetzt wieder voller Präsenzunterricht stattfindet. Schule lebt vom Sozialen, Schule lebt vom Aufeinandertreffen, vom Dialog. Um die Bildungsgerechtigkeit aufrechtzuerhalten und um die Zukunftsperspektive für die Jüngsten in unserem Land wieder zu eröffnen, ist es wichtig, zum Präsenzunterricht zurückzukehren, gerne zuerst mit Masken, und abzuwarten, wie sich die Lage mit den Urlaubsrückkehrern entwickelt, um nicht die gleiche Situation wie andernorts zu erzeugen, wo man schon zwei Wochen weiter ist und sich Problemen ausgesetzt sieht. Aber auch die Maske muss dann natürlich eines Tages fallen. Natürlich muss die Maskenpflicht, wenn wir nach der Ankunft der Urlaubsrückkehrer die Lage einschätzen können, zurückgenommen werden. Wir wollen zurück zur Normalität an Bayerns Schulen; wir schaffen dafür heute die Grundlage mit einem klaren Bekenntnis zum Präsenzunterricht. Das verhindert verlorene Generationen; das ist gut für die Familien in Bayern, für unsere Jüngsten, für die Zukunft unseres Landes und die richtige Entscheidung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich freue mich darüber hinaus über eine ganze Reihe von weiteren Maßnahmen. Ich freue mich, dass nach der Einreise mit dem Zug nach Bayern nicht mehr die Durchsage kommt, dass man die Masken wechseln muss. Ich glaube, die Abkehr von FFP2 und die Angleichung an den Bundesstandard ist richtig. Ich freue mich ganz besonders, dass wir die Rückkehr der Menschen in die Stadien, in die Sporthallen, aber auch zu Kunst und Kultur miteinander auf den Weg bringen können. Ich habe am Montag noch die Präsidien des FCA und des AEV in Augsburg getroffen. Dort ist man

sehr zufrieden mit dem, was wir jetzt beschließen; das bringt Sicherheit und Normalität unter einen Hut. Auch die optionale Regelung "Maske/nicht Maske/5.000 als Sockel" ist genau die richtige, um gut durch diesen Herbst, diesen Winter zu kommen und um wieder Schritte in Richtung Freiheit, Richtung Normalität zu gehen. Es ist ein starkes Signal an die bayerische Wirtschaft, die Quadratmeter-Regelung im Handel zurückzunehmen. Es ist auch wichtig, der Nachtgastronomie jetzt wieder die Perspektiven aufzuzeigen, auf die der Herr Ministerpräsident verwiesen hat.

Ich darf also zusammenfassen: Heute gelingt uns ein Meilenstein auf dem Rückweg zu Normalität und Freiheit. Wir FREIEN WÄHLER sind fest davon überzeugt, dass wir damit die richtige Mitte treffen, die richtige Balance zwischen dem Anspruch an Sicherheit, aber auch an Normalität und Freiheit finden. Wir sind gemeinsam mit unserem Koalitionspartner ein gerüttelt Maß stolz darauf, dass wir damit genau wie beim Weg hinein in den Lockdown jetzt auch beim Weg aus dem Lockdown heraus wieder bundesweit vorangehen. Ich bin mir sehr sicher: Andere Bundesländer, aber auch die Bundesrepublik insgesamt werden abermals diesem bayerischen Weg folgen.

Bis dahin gilt, wenn Sie heute unserem Dringlichkeitsantrag zustimmen, dass wir hier in Bayern stolz darauf sein können, dass wir die Benchmark, der Goldstandard beim Krisenmanagement in der Corona-Krise bleiben und dafür sorgen, dass unser Land und seine Menschen bestmöglich durch diese Pandemie kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Gerd Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Herr Mehring, geschmacklos sind aus meiner Sicht Ihre unqualifizierten Bibelzitate. Sie sollten sich mal die Passage über die Pharisäer durchlesen.

Der Ministerpräsident hat von einer Pandemie der Ungeimpften gesprochen. Er hat das damit begründet, dass die Inzidenzen bei Ungeimpften höher seien als bei

Geimpften. Inzidenzen hängen aber von der Zahl der durchgeführten Tests ab. Das haben Sie gerade selber ausgeführt. Wenn jetzt Geimpfte – natürlich – nicht getestet werden, haben Sie eine niedrigere Inzidenz. Bei Ungeimpften haben Sie logischerweise eine höhere Inzidenz. Die Inzidenzen waren übrigens aus unserer Sicht für die vergangenen Lockdowns immer schon ungeeignete Parameter.

Das Impfen muss eine freiwillige Entscheidung bleiben. Unserer Gesellschaft droht – Sie haben es vorhin ausgeführt – eine Spaltung in Geimpfte und Ungeimpfte mit allen gesellschaftlichen Konsequenzen. Das ist ein Eingriff in die Selbstbestimmung der Bürger.Man könnte das auch Impfapartheid nennen; das hat man von Ihrer Fraktion auch schon gehört.

Jetzt noch einmal die Frage: Tragen die FREIEN WÄHLER diese Spaltung der Gesellschaft in ihrer Regierungsverantwortung mit?

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Mannes! Ich bin zunächst einmal durchaus darüber erleichtert, dass sich unsere Geschmäcker doch deutlich unterscheiden, und belasse die Zuständigkeit für das Pharisäertum gerne bei Ihnen und bei Ihrer Fraktion.

Zu Ihrer Frage nehme ich wie folgt Stellung: Wenn Sie ein intellektuelles Problem beim Verständnis der Inzidenzzahl und deren Kontrastierung zwischen Geimpften und Ungeimpften haben, dann machen Sie es doch einfach an der Zahl der Belegung in den Krankenhäusern fest und werfen einmal einen Blick darauf, wie beatmete Patienten und Patienten mit schweren Verläufen dorthin gekommen sind. Sie werden dann sehen, dass höchstens ein oder zwei Prozent der Geimpften in den Krankenhäusern landen und dort schwere Verläufe erleiden, vom Tod bedroht sind und beatmet werden müssen. Sie werden dann sehen, dass dieses Schicksal den Geimpften nicht mehr droht.

Es ist deshalb absolut richtig, für das Impfen als unser kollektives Tor zur Freiheit und Normalität zu werben. Ich sage aber noch einmal: Impfen muss freiwillig bleiben. Die Debatte darüber, ob sich das ändern könnte, führt im Übrigen niemand außer Ihnen. Der Ministerpräsident hat hier vor wenigen Minuten ganz klar gesagt, dass es in Bayern keinen Impfzwang gibt und auch in Zukunft nicht geben wird. Wir haben mit 3G dafür gesorgt, dass es für Ungeimpfte nicht einmal zusätzliche Einschränkungen, sondern lediglich das Testerfordernis gibt, um die gleiche Freiheit und Normalität wie diejenigen, die geimpft sind, wahrnehmen zu können.

Ich glaube, das ist genau der richtige Weg. Das ist der Weg, der Schutz, Sicherheit, aber auch Normalität und Freiheit unter einen Hut bringt. Alles andere sind verschwurbelte Verschwörungstheorien aus Ihren Reihen, die mit der Realität in Bayern nichts zu tun haben.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Als Nächster spricht der Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, vor einem Monat haben Sie bei Markus Lanz noch gesagt, Sie wollten am Inzidenzwert festhalten. Jetzt verabschieden Sie sich davon und führen das ein, was die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg schon umgesetzt haben; ich komme darauf gleich noch einmal zurück.

Schade, dass Sie sich – zum Beispiel auf die FFP2-Maskenpflicht bezogen – erst kurz vor der Bundestagswahl so lernfähig zeigen. Vor der Sommerpause haben Sie unsere Vorschläge dazu trotz der sehr viel niedrigeren Inzidenzen abgelehnt.

Wir stimmen mit Ihnen darin überein, dass es keinen neuen Lockdown geben darf. Wir sind bei der Einführung von 3G als Grundlage für soziales Miteinander und bei dem Vorsatz, die Schulen im Präsenzunterricht zu halten, einer Meinung. Ich möchte an

dieser Stelle aber sehr deutlich sagen: Dieses Versprechen darf nicht gebrochen werden.

(Beifall)

Wegzugehen von der Inzidenz als Kriterium für Rechtsfolgen ist richtig. Wir sehen bei Ihrer Ampel aber noch viele Fragezeichen: Was bedeuten 1.200 mit Corona-Kranken belegte Betten im Kontext? Was bedeuten vor allem 600 mit Corona-Kranken belegte Intensivbetten mit invasiver Beatmung? – Die wichtigste Frage ist aber, wie diese Paragrafen 16 und 17 juristisch ausformuliert sind. Unserer Meinung nach sind sie rechtlich hoch problematisch.

Die wichtigste Frage ist für uns, was konkret passieren wird, wenn die Ampel auf Rot springt. – Sie haben das sehr, sehr unklar formuliert. Ich kann für unsere Fraktion sagen, dass wir der Regierung Söder dafür heute sicher keinen Blankoscheck ausstellen, wenn da steht, ohne das genauer zu spezifizieren, dass Sie dann geeignete Schutzmaßnahmen treffen. Wir wollen im Interesse der Menschen in Bayern genau wissen, was passieren wird, wenn die Ampel auf Rot springt.

(Beifall)

Die Menschen haben nämlich ein Recht auf Klarheit und Transparenz. Sie müssen genau wissen, was im Einzelnen auf sie zukommt. Zum Beispiel ist auch die Frage wichtig, welche Basis dann für die Entscheidung gilt, dass die Ampel mit bestimmten Folgen auf Gelb geht. Wer erfasst diese Daten? Welche Daten fließen da ein? – Das ist bei der roten Ampel, bei der invasiven Beatmung auf der Intensivstation, relativ klar; da ist es das DIVI-Intensivregister. Wie wird aber der Maßstab gebildet, den Sie zum Beispiel der gelben Ampel zugrunde legen? – Da gibt es noch erheblichen Klärungsbedarf. Da müssen Sie noch deutlich nachliefern.

Wir sehen auch bei den Impfungen noch deutlichen Verbesserungsbedarf. Sie haben – wie so oft – etwas öffentlich angekündigt, was Sie dann nur unbefriedigend umset-

zen. Sie haben im Juli zwar mit großem Tamtam das Impfen to go angekündigt; wenn man aber genau hinschaut, dann sieht man, dass der Erfolg bislang überschaubar bleibt. Am 28. Juli hatte Bayern eine Erstimpfungsquote von knapp 59 %, Platz 12 im Ländervergleich. Heute liegt der Freistaat bei einer Erstimpfungsquote von rund 62 % und im Ländervergleich immer noch auf Platz 12. Im Bundesländervergleich liegt Bayern auch bei der Impfquote für vollständig, also zweimal Geimpfte auf Platz 12. Platz 12 von 16 ist unbefriedigend. Das ist vor allem eine Gefahr für die Menschen, die noch keine Impfung haben.

Die Menschen, die noch nicht geimpft sind, sind keineswegs nur Impfverweigerer, sondern vielfach nicht oder nicht ausreichend informiert. Sie haben noch Ängste, sind vielleicht unserer Sprache nicht mächtig oder haben sich aus anderen Gründen nicht impfen lassen. Wir wollen für diese Menschen in Bayern mehr Informationen, in unterschiedlichen Sprachen, auch digital. Wir wollen für sie noch mehr niedrigschwellige Impfangebote direkt bei ihnen vor Ort, damit der Freistaat beim Impfen besser wird. Das muss ein klarer Schwerpunkt der Corona-Politik in Bayern sein.

(Beifall)

Wir brauchen auch eine effektive Kampagne für Auffrischungsimpfungen, um ältere Menschen, Pflegebedürftige und Immungeschwächte zu schützen. Wir brauchen größere Anstrengungen in der Schulpolitik. Die Schulen müssen offen bleiben. Es reicht nicht, sich nur für Präsenzunterricht auszusprechen. Wir müssen aktiv dafür sorgen, dass an den Schulen größtmöglicher Infektionsschutz herrscht. Die Schulen brauchen hier verlässliche Unterstützung. Dazu gehört eine starke Kampagne für Impfungen ab zwölf Jahren, niederschwellig und wieder in verschiedenen Sprachen. Das Testen an Schulen und in den Kitas muss funktionieren und praktikabel sein.

Außerdem muss bei der Förderung von Belüftungsanlagen und Luftfiltern – wir haben heute schon darüber diskutiert – dringend nachgebessert werden. Die aktuellen För-

derbedingungen der Staatsregierung benachteiligen zum Beispiel gerade ärmere Kommunen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben kurz vor der Sommerpause verkündet, dass nach den Ferien jedes Klassenzimmer mit Luftfiltern ausgestattet sein werde. Gleichzeitig hat die Regierung aber nur eine mickrige 50-Prozent-Förderung auf den Weg gebracht. Jetzt werden gerade einmal 24.000 Luftfilter für 114.000 Klassenzimmer angeschafft. Herr Söder, das sind nicht 100 %, sondern mit Belüftungsanlagen vielleicht zwischen 25 und 30 %. Für jedes Klassenzimmer, das nicht mit Luftfiltern ausgestattet ist, und für jedes Kind, das deswegen in Quarantäne muss, tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall)

Uns geht es aber nicht nur um das akute Krisenmanagement, um Infektionsschutzmaßnahmen, um Beschränkungen und Lockerungen. Wir sehen mit Sorge und Mitgefühl, dass die Menschen im Freistaat durch die Pandemie gelitten haben. Sie haben sehr viel ertragen und sehr viel ausgehalten. Sie haben auch sehr viel geleistet. Sie haben deswegen unseren Respekt verdient. Sie haben verdient, dass die Politik genau hinschaut, was gut und was schlecht war, damit wir die Folgen der Pandemie für die Gesellschaft, für Familien, Kinder und Jugendliche, für Frauen, für die Wirtschaft, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für ärmere Menschen genau analysieren und daraus die richtigen Schussfolgerungen ziehen können. Herr Ministerpräsident, ich habe dazu von Ihnen heute und auch sonst zu wenig gehört. Sie haben sich zwar immer wieder bedankt, auch heute, Sie haben bisher aber bei Weitem nicht ausreichend über die sozialen, die psychologischen und die wirtschaftlichen Folgen von Corona gesprochen und welche Schlussfolgerungen Sie daraus ziehen.

(Beifall)

Das ist aber eine Frage des Respekts. Dank reicht nicht! Die Menschen in Bayern, die so viel ertragen und erlitten, aber auch geleistet haben, haben ein Recht darauf, zu er-

fahren, welche weitergehenden Schlussfolgerungen die Politik aus der Pandemie zieht.

Die erste Schlussfolgerung, die wir als SPD ziehen, lautet: Wir können uns keinen Magerstaat mehr leisten. Wir brauchen schlagkräftige Behörden und eine effiziente Verwaltung.

(Beifall)

Die Probleme der Gesundheitsämter und des Gesundheitswesens, aber auch der Kultus- und Schulbürokratie in der Pandemie zeigen sehr deutlich: Die CSU-geführten Regierungen in Bayern haben seit Edmund Stoiber die öffentliche Verwaltung kaputtgespart. Wir haben das schon in anderen Fällen gemerkt, als es um Steuerprüfungen, um Verbraucher- und Tierschutz ging. In der Corona-Krise hat sich das aber besonders bemerkbar gemacht.

Wenn ich in das Wahlprogramm von CDU und CSU schaue, dann sehe ich, Sie haben nichts gelernt. Wer an die High Society und an Konzerne Steuergeschenke verteilen will, die den Freistaat und unsere Städte und Gemeinden viele Milliarden Euro im Jahr kosten, der will privaten Reichtum und öffentliche Armut.

(Beifall)

Einen solchen armen Staat, wie ihn die CSU will, können sich nur Reiche leisten. So ein magerer Staat wird mitsamt seinen ausgezehrten Behörden auch in der nächsten Krise massive Probleme haben. Die SPD tritt demgegenüber für einen starken Staat ein. Es ist viel besser, in eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung und eine gute soziale Infrastruktur zu investieren, die für die Bürgerinnen und Bürgern da ist und sie schützen kann. Das ist unser Weg.

(Beifall)

Unsere zweite Schlussfolgerung: Wir wollen, dass endlich Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden, denn hier geht es wie beim Klimaschutz um deren Zukunft. Sie haben massiv unter Schulschließungen und Homeschooling gelitten. Die Kultus- und Schulbürokratie hat in Bayern in der ersten Phase der Pandemie versagt und auch danach häufig viel zu lange gebraucht, um Probleme zu lösen und den Menschen zu helfen. Die Lernrückstände vieler Kinder und Jugendlicher sind leider enorm. Die Bildungsungerechtigkeit wird dadurch vertieft. Besonders benachteiligt sind Kinder und Jugendliche aus ärmeren Familien, aus Familien mit Migrationsgeschichte und aus Familien, in denen es zu häuslicher Gewalt kommt. Aus Schulschließungen, fehlender Zuwendung und Unterstützung zu Hause, aber auch aus sozialer Isolation resultieren schlimme gesundheitliche und psychische Folgen für Kinder und Jugendliche.

Wer sich darüber informieren will, der muss nur einen Blick in die sogenannte COPSY-Studie – Corona und Psyche – des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf werfen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich bundesweit vier von fünf der befragten Kinder und Jugendlichen durch die Corona-Pandemie belastet fühlen. Ihre Lebensqualität hat sich im Verlauf der Pandemie weiter verschlechtert. Sieben von zehn Kindern geben eine solche geminderte Lebensqualität an. Fast jedes dritte Kind leidet inzwischen unter psychischen Auffälligkeiten. Was sagen Sie dazu? Was tun Sie dagegen?

Neben diesen jungen Menschen sind oft Frauen die Leidtragenden. Sie haben neben ihren Kindern die größte Last zu tragen. Wir vermissen von Ihnen bis heute eine ehrliche Analyse und einen schonungslosen Bericht zu den Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche sowie für Frauen und Familien und Vorschläge, wie wir die bildungspolitischen, die sozialen und die psychologischen Folgen von Corona beheben können.

(Beifall)

Tatsächlich hören wir von Ihnen immer nur die gleichen Ankündigungen, Beschwichtigungen und Beruhigungsformeln. Wo bleiben wegweisende Vorschläge, wie die Defizite in der Bildung – insbesondere für benachteiligte junge Menschen – umfassend beseitigt werden können? Wo bleiben Ihre Vorschläge für eine bessere soziale, psychotherapeutische und psychiatrische Betreuung von Betroffenen? Wo bleiben Ihre Initiativen gegen häusliche Gewalt, die auf den Erfahrungen des Lockdowns aufbauen?

Wir als SPD wollen aus diesem Problem Konsequenzen ziehen. Dazu gehört, dass wir die individuelle Unterstützung und die Förderung von Kindern und Jugendlichen an den Schulen und Kitas massiv verbessern wollen. Es ist ganz klar: Dazu brauchen wir mehr pädagogisches Personal, mehr Lehrerinnen und Lehrer und mehr Erzieherinnen und Erzieher.

(Beifall)

Wir brauchen einen viel stärkeren Fokus auf das Soziale, auf das Miteinander und das soziale Lernen. Wir wollen einen Ausbau der Beratungseinrichtungen und der psychologischen und psychiatrischen Betreuungsinfrastruktur in Bayern. Wir wollen eine starke Kampagne gegen häusliche Gewalt, eine Stärkung von Beratungsstellen und Frauenhäusern, die ihren Namen verdient.

(Beifall)

Unsere dritte Schlussfolgerung lautet: Ein gewinnorientiertes Gesundheitssystem nutzt vielleicht den Gesundheitskonzernen und Anlegern, aber nicht den Menschen. Wir als SPD wollen ein gutes öffentliches Gesundheitssystem, in dem jede und jeder bestmöglich versorgt wird. Corona hat gezeigt, dass wir genügend gut bezahlte Menschen brauchen, die andere pflegen und wieder gesundmachen.

Herr Holetschek, es ist schön, dass Sie kurz vor der Bundestagswahl das Thema entdecken, aber das ist wenig glaubhaft. Denn: Was haben Sie denn in Bayern konkret

gemacht, um den Mangel an Pflegekräften zu bekämpfen und deren Bezahlung zu verbessern? – Ich kann Ihnen die Antwort geben: Gemessen am Ergebnis wenig bis nichts. Dabei sitzen Sie sogar der Gesundheitsministerkonferenz in Deutschland vor.

(Beifall)

Die CSU-geführte Staatsregierung hat das Pflegevolksbegehren in Bayern bekämpft, anstatt die sinnvollen Vorschläge darin aufzugreifen.

Wir wollen, dass der Freistaat Bayern bei seinen Universitätskliniken vorangeht. Warum haben Sie das nicht längst getan? Wir wollen, dass der Freistaat Bayern die Kommunen bei der Finanzierung ihrer Krankenhäuser, gerade bei den laufenden Kosten, stärker unterstützt. Eines ist klar: Wir brauchen wohnortnahe Krankenhäuser in der Fläche. Für die SPD gilt: Gesundheitsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Wir wollen keine Privatisierungen.

Wir werden die Probleme im Pflegebereich sicher nicht durch Steuerfreibeträge lösen, sondern nur durch eine Neufinanzierung, die sich konsequent an den Bedürfnissen von Patientinnen und Patienten, Pflegenden und medizinischem Personal orientiert. Dazu gehört auch eine Reform der Krankenhausfinanzierung und die Einführung einer Bürgerversicherung für Krankheit und Pflege.

Die vierte Schlussfolgerung: Wir brauchen jetzt in Bayern eine ehrliche und umfassende Gesamtbilanz der Pandemie. Dazu gehören selbstverständlich auch die Folgen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Wir wollen wissen, wie sich die Lockdowns auf den Einzelhandel, auf die Gastronomie, auf Tourismus, Kulturschaffende und Selbstständige, aber auch auf ohnehin benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt ausgewirkt haben. Wir brauchen keine verantwortungslose Ausweitung geringfügiger Beschäftigung, sondern eine bessere soziale Absicherung dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Soloselbstständigen insbesondere bei Arbeitslosigkeit. Wir brauchen einen höheren Mindestlohn und endlich ein Tariftreuegesetz in Bayern, denn gute Löhne und sichere Arbeitsverhältnisse schützen auch in einer Krise.

(Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen sicher nicht mehr, dass sich einige wenige in einer solchen Krise schamlos bereichern.

(Beifall)

Sie können sich sicher sein, dass wir überprüfen werden, ob die Einstellung der Ermittlungen im Falle der Emix-Maskenbeschaffungen gerechtfertigt ist. Ich halte fest: Zwei Parteimitglieder der FREIEN WÄHLER sind bis heute wegen Maskengeschäften in Haft. Im Fall Emix, in dem Personen aus dem Dunstkreis der CSU, zum Beispiel Frau Hohlmeier und der CSU-Innenstaatssekretär Mayer, verwickelt sind, in dem Frau Tandler und möglicherweise noch andere 30 oder sogar 50 Millionen Euro an Provision auf Kosten der deutschen Steuerzahler eingestrichen haben, in dem es andernorts ernsthafte Zweifel an der Verkehrsfähigkeit und Schutzwirkung von Teilen der Maskenlieferungen gibt, hat die zuständige Staatsanwaltschaft die Ermittlungen rechtzeitig vor der Bundestagswahl eingestellt.

(Zuruf)

Bemerkenswert ist dabei aber, dass Bayern unter Markus Söder und Nordrhein-Westfalen unter seinem Parteifreund Armin Laschet zu horrenden Preisen gekauft haben, Bayern zu 10,60 Euro brutto. Der Bund hat Emix um mehr als 3 Euro heruntergehandelt; die Bundeswehr wollte von dieser Firma überhaupt nichts kaufen. Deswegen werden wir uns diese Vorgänge sämtlich noch einmal ganz genau ansehen. Sie können sich sicher sein: Die Opposition wird ihre Ermittlungen nicht einstellen, sondern die Wahrheit ans Licht bringen.

(Beifall)

Wir vergessen auch nicht, dass gegen zwei ehemalige CSU-Abgeordnete weiterhin wegen Bestechlichkeit ermittelt wird; darunter ist auch ein ehemaliger CSU-Justizminister.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich ein Fazit ziehen. Wer in Bayern Respekt vor dem hat, was die Menschen in Bayern während Corona aushalten mussten und was sie geleistet haben, der bereichert sich in einer solchen Krise nicht, sondern der muss sich jetzt für mehr Gerechtigkeit und soziale Verbesserungen, einen leistungsfähigen Sozialstaat, ein gutes Gesundheitswesen und mehr Bildungsgerechtigkeit einsetzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter von Brunn, bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Bayerbach. Bitte schön, Herr Kollege Bayerbach.

Markus Bayerbach (AfD): Es ist faszinierend, Herr von Brunn, wie Sie mit Klassenkampfparolen, Umverteilungsfantasien und politischen Angriffen Wahlkampf machen. Ihr Herr Scholz hat sich in Hamburg auch nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Aber davon einmal abgesehen: Sie haben mehr Personal, mehr Lehrer, mehr Stunden vorgeschlagen. Können Sie vielleicht auch einmal sagen, woher Sie die Leute kriegen wollen? Wir versuchen in Bayern seit Jahren, Leute anzuwerben und bekommen sie nicht. Das ist an Scheinheiligkeit nicht mehr zu überbieten. Sie versuchen wahrscheinlich, mit dem Schaufensterantrag ihre eigene Absolution für die ganzen Fehler zu erreichen. Was mir aber bei Ihnen komplett fehlt: Wo ist der Schutz der Risikogruppen in den Anträgen der SPD? Wo ist der Schutz derjenigen, die sich nicht impfen lassen können? Wie wollen Sie sicherstellen, dass diese Kinder beispielsweise am Präsenzunterricht teilnehmen können und gleichzeitig geschützt sind? Wie wollen Sie sicherstellen, dass Personen, die keine Maske tragen können, zum Beispiel auch in ein volles Eisstadion dürfen? – Hier kommt überhaupt nichts. Die SPD hat es anscheinend nicht mit Randgruppen. Oder kommt hier von der SPD noch einmal etwas hinterher?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. – Eine Antwort bitte, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Ich halte erst einmal fest, dass Ihre Fraktionsvorsitzende die Regierung scharf angreift und Sie die Politik der Regierung im Bildungsbereich

verteidigen. Das ist auch interessant. Das kann man mit rationalen Maßstäben nicht erklären; das muss man bei der AfD aber wohl auch nicht.

(Zuruf)

Ansonsten finde ich es peinlich, dass der Ausschussvorsitzende keine Idee hat, wie man neue Lehrkräfte gewinnen kann. Vielleicht sollten Sie Ihre Position zurückgeben, weil es für diese sicher Qualifiziertere gibt.

(Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr von Brunn. – Ich darf als nächsten Redner den Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Martin Hagen, aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Hagen.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beschlüsse der Staatsregierung sind ein Paradigmenwechsel: Wegfall der Kontaktbeschränkungen, medizinischer Mund-Nasen-Schutz statt FFP2-Maske, Wegfall der Sperrstunde, Öffnung von Clubs unter strengen Sicherheitsauflagen, Wegfall der Kundenbeschränkung im Einzelhandel, höhere Auslastung bei Kultur- und Sportveranstaltungen, inzidenzunabhängiger Präsenzunterricht, und vor allem ganz generell die Abkehr vom Inzidenzwert als Kriterium der Corona-Politik, stattdessen wird das Augenmerk auf die Auslastung der Krankenhäuser gerichtet.

All das haben wir lange gefordert. All das hätten wir auch früher haben können. Das zeigt der Blick ins benachbarte Ausland. Aber heute ist nicht der Tag, um zurückzuschauen, sondern heute ist der Tag, um festzustellen: Der Kurswechsel der Bayerischen Staatsregierung ist richtig. Die Richtung stimmt jetzt. Wir als liberale Opposition werden jetzt weiter Druck machen, damit die Rückkehr zur Normalität in Bayern auch gelingt.

(Beifall bei der FDP)

Rückkehr zur Normalität, das bedeutet perspektivisch das Ende aller Einschränkungen, wie das Länder wie England oder Dänemark umsetzen. Diese Rückkehr zur Normalität ist möglich, und sie ist auch geboten, weil erstens Dank der hohen Impfquote – sie liegt bei den Risikogruppen bei über 80 % – eine Überlastung des Gesundheitssystems unwahrscheinlich geworden ist und zweitens jeder Einzelne die Möglichkeit hat, sich eigenverantwortlich durch eine Impfung vor einem schweren Verlauf zu schützen. In dieser Situation, ohne eine drohende Überlastung des Gesundheitssystems und mit der Möglichkeit des Einzelnen, sich selbst zu schützen, endet die kollektive Schutzverantwortung des Staates. In dieser Situation darf der Staat seine Bürger auch nicht länger einschränken und bevormunden.

Deshalb stellt die FDP-Fraktion heute den Antrag, einen Stichtag zu benennen, an dem alle Einschränkungen enden, einen "Freedom Day", einen Freiheitstag.

Herr Kollege Kreuzer hat gesagt, dieser Antrag sei unverantwortlich. Deshalb lese ich Ihnen jetzt ein Zitat von Kanzleramtschef Prof. Dr. Helge Braun vom 6. März vor. Herr Prof. Dr. Braun hat damals gesagt:

> Wenn wir jedem in Deutschland ein Impfangebot gemacht haben, dann können wir zur Normalität in allen Bereichen zurückkehren. Diejenigen, die ihr Impfangebot nicht wahrnehmen, treffen ihre individuelle Entscheidung, dass sie das Erkrankungsrisiko akzeptieren.

So weit der Chef des Bundeskanzleramts am 6. März dieses Jahres. – Meine Damen und Herren, wir erheben heute keine radikale Forderung. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als dass die Regierung Wort hält. Wir wollen zurück zu Normalität und Eigenverantwortung.

(Beifall bei der FDP)

Das gilt natürlich für alle Bürger gleichermaßen, Geimpfte wie Ungeimpfte. Die Entscheidung, ob man sich impfen lässt, muss eine freie Entscheidung bleiben. Eine sol-

che Entscheidung trifft der Einzelne am besten auf der Grundlage von Fakten. Diese sprechen eine sehr deutliche Sprache; das möchte ich betonen.

In der letzten Woche lag die 7-Tage-Inzidenz in Bayern bei den vollständig Geimpften bei 9, bei den Ungeimpften dagegen bei 110. Von den Menschen, die in den vergangenen zwei Monaten mit COVID-19 in einem bayerischen Krankenhaus behandelt wurden, waren rund 85 % ungeimpft. Die Impfung bringt somit zwar keine hundertprozentige Sicherheit, aber sie reduziert das Risiko einer Infektion erheblich, und sie bietet einen hohen Schutz vor schweren Verläufen. Deshalb sagen wir als Partei der Freiheit und Verantwortung ein klares Nein zur Impfpflicht, aber ein klares Ja zur Impfung aus freier Entscheidung und mit guten Argumenten.

(Beifall bei der FDP)

Verehrte Vertreter der Staatsregierung, ich habe eingangs Ihre Beschlüsse als Schritt in die richtige Richtung gewürdigt. Herr Ministerpräsident, wir sind in vielen Punkten noch nicht einer Meinung, aber bei manchem näher beieinander, als das in der Vergangenheit der Fall war. Herr Ministerpräsident, wir erkennen auch an, dass Sie heute am Rednerpult ausdrücklich erklärt haben, es dürfe und werde keinen neuen Lockdown und auch keine Impfpflicht geben. Wir nehmen Sie da beim Wort. Wir werden jetzt mit Spannung verfolgen, wie nachhaltig und verbindlich Ihre Aussagen sind. Können wir uns zum Beispiel darauf verlassen, dass die Schulen diesmal wirklich offen bleiben, auch für den Fall, dass die Inzidenzen im Herbst wieder deutlich steigen? Der monatelange Schullockdown war meiner Meinung nach der größte und verhängnisvollste Fehler der bayerischen Corona-Politik. Das darf Kindern und Familien nicht noch einmal zugemutet werden. Darauf wird die FDP achten.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen – das ist inzwischen auch Konsens –, dass das Coronavirus nicht komplett verschwinden wird. Wir müssen als Gesellschaft lernen, damit zu leben. Wir müssen einen pragmatischen Umgang mit diesem Virus

finden, wie das bei jeder anderen Infektionskrankheit der Fall ist. Die lauten Stimmen, die vor einigen Monaten noch radikale Non-COVID-Strategien propagiert haben, sind inzwischen verstummt. Sie sind jedenfalls Gott sei Dank in den Medien nicht mehr präsent. Das ist gut so. Dieser Ansatz ist gescheitert. In Ländern wie Deutschland mit neun direkten Anrainerstaaten und in einem grenzenlosen Europa war dieser Ansatz immer illusorisch. Selbst in geografisch isolierten Inselstaaten wie Australien funktioniert das nicht. Dort reiht sich jetzt Lockdown an Lockdown. Die Ausgangssperren werden von Militärpatrouillen kontrolliert. Die Bürger werden daran gehindert, ihre kranken oder sterbenden Angehörigen zu besuchen. Das ist bedrückend. Das ist wie in einem dystopischen Film. Und trotzdem verbreitet sich das Virus auch dort weiter.

Wir haben in den vergangenen eineinhalb Jahren erlebt, wie schnell Tabus fallen, wie schnell Maßstäbe verrutschen und wie leichtfertig Grundrechte zur Disposition gestellt werden. Umso wichtiger ist dann eine politische Kraft, die auch in Krisenzeiten auf Verhältnismäßigkeit pocht und ihre Sensibilität für die Bürgerrechte bewahrt, auch dann, wenn das gerade nicht en vogue ist und nicht den Applaus des Tages bringt. Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger bei der FDP verlassen. Das haben wir in den vergangenen eineinhalb Jahren gezeigt.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hagen. – Ich darf jetzt den fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk aufrufen.

Markus Plenk (fraktionslos): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Seit eineinhalb Jahren irren Söder und seine Helfer in ihrem selbsterschaffenen Labyrinth von überwiegend unsinnigen Corona-Maßnahmen umher und finden jetzt den Ausgang nicht. Weiterhin wird das Märchen vom erfolgreichen Krisenmanagement erzählt. Auch heute erleben wir wieder ein sehr durchsichtiges Wahlkampfmanöver des Ministerpräsidenten, der auch ohne Laschet als Bundeskanzler gerne so weitermachen will.

Dass mit dieser Politik unsere Grundrechte und unsere bürgerlichen Freiheiten eingeschränkt werden und unser Rechtsstaat und unsere Demokratie großen Schaden nehmen, nimmt Herr Söder billigend in Kauf. Seit Beginn der Corona-Pandemie wird seitens der CSU ein Kurs gefahren, den man wahrlich als verfassungsfeindlich bezeichnen kann. Jetzt, vier Wochen vor der Bundestagswahl, tischt uns Herr Söder eine weitere Mogelpackung auf, die er als Corona-Lockerungen verkauft, die aber in Wahrheit keine sind. In Wahrheit handelt es sich um die konsequente Fortführung des gewohnten Irrsinns. 25.000 Fußballfans dürfen quasi ohne Auflagen ins Fußballstadion, aber unsere Kinder und Jugendlichen sollen sich auch im nächsten Schuljahr mehrfach pro Woche testen lassen und müssen während des Unterrichts eine Maske tragen, obwohl es, anders als bei Großveranstaltungen, immer die gleichen Kinder sind, die in den Klassen zusammenkommen.

Glauben Sie wirklich, dass diese Maßnahmen noch verhältnismäßig und zielführend sind? – Nein, das glauben Sie vermutlich selbst nicht, Herr Söder. Sie verfolgen nur ein Ziel, nämlich den Druck auf die Kinder und Jugendlichen sowie ihre Eltern weiter zu erhöhen, damit sich diese impfen lassen. Was Sie hier tun, ist unethisch, unmoralisch und unanständig, weisen doch etliche wissenschaftliche Studien darauf hin, dass die Nutzen-Risiko-Relation bei jungen Menschen keine dieser sogenannten Corona-Impfungen rechtfertigt. Das hat auch das RKI so gesehen, bis es schließlich dem politischen Druck nachgegeben hat.

Außerdem ist es so, dass jeder, der das wollte, sich bereits impfen lassen konnte. Herr Söder, wenn diese Impfungen tatsächlich das halten, was sie versprechen, wieso hat dann irgendein Geimpfter noch Angst vor einem Ungeimpften? Erklären Sie das doch bitte einmal. Klar ist: Sobald jeder ein Impfangebot wahrnehmen kann – diesen Punkt haben wir schon lange erreicht –, müssen die Maßnahmen für alle vollständig aufgehoben werden. Echte Demokratien, beispielsweise Dänemark, gehen genau diesen Weg. Herr Söder, Sie gehen diesen Weg nicht. Ich bezweifle deshalb, dass es sich bei Ihnen tatsächlich um einen Demokraten handelt.

Vor ein paar Tagen haben Sie in einem Polittalk davon gesprochen, dass es Kritiker der Corona-Maßnahmen gebe, die eine andere Demokratie, einen anderen Staat wollten. Nein, Herr Söder, das wollen diese Menschen nicht. Diese Menschen wollen keine andere Demokratie, sondern zurück zu unseren Grundrechten, zurück zu unseren bürgerlichen Freiheiten, kurz: zurück zu unserem Grundgesetz.Das ist es, was diese Menschen wollen. Diese Menschen wollen keinen anderen Staat, sondern sie wollen zu dem zurück, was unsere Demokratie einmal ausgemacht hat: zurück zur Normalität, die Sie mit Ihrer verfassungsfeindlichen Politik in Bayern zerstört haben.

Den Menschen da draußen rufe ich zu: Geben Sie bei der Bundestagswahl Ihre Stimme ab! Wählen Sie! Wählen Sie unbedingt! Seien Sie nicht frustriert, wählen Sie – aber tun Sie mir bitte einen Gefallen: Wählen Sie nicht diejenigen, die für diese Politik mitverantwortlich sind, und wählen Sie vor allem nicht die CSU!

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Ich darf den weiteren fraktionslosen Abgeordneten Herrn Swoboda aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Swoboda – heute vier Minuten.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus! Mit Angst kann man Panik erzeugen und Menschen in Hysterie bringen, ganze Völker sogar. Nicht nur in der Klimapolitik, auch in der Gesundheitspolitik sehen wir das. Eigentlich ist Angst das Mittel der Wahl von Diktaturen; in Demokratien ist sie sehr schädlich. Mit Hilfe der Medien zelebriert Herr Söder skrupellos seine Non-COVID-Impfpolitik. Doch es hakt; es gibt selbstbewusste selbstbestimmte Mitmenschen, die informiert sind und bei diesem Spielchen nicht mitmachen wollen. Diese Leute setzt man unter Druck und beschimpft sie als Impfverweigerer. Warum eigentlich? – Wollen Sie, Herr Söder, Ihre anmaßende Prophezeiung "ohne Impfen keine Freiheit" durchdrücken? Wohin das führt, sehen wir fortwährend an den Gewaltexzessen der Polizei in Berlin gegen friedliche Impfkritikerdemos. Übrigens ist auch Polizeibrutalität ein Zeichen von Diktaturen, meine Damen und Herren, und gehört nicht in Demokratien.

Leider – und das ist eine persönliche Tragik – läuft Herr Dr. Söder Gefahr, sich vom gescheiterten Kanzlerkandidaten zum schrecklichen Impfimperator zu entwickeln. Seine wissenschaftsferne manische Zwangsvorstellung, nur durch die totale Impfung Herdenimmunität zu erreichen, um damit Bayern gnädig den Weg zurück in die Freiheit gewähren zu können, ist schlichtweg obsolet; denn diese Politik hat sich als raffinierte Impflüge erwiesen.

Studien belegen es: Geimpfte können sich infizieren, schwer erkranken, sterben und andere anstecken, auch Geimpfte. Jeder Geimpfte ist demnach eine Gefahr für andere. Wir stehen damit wieder genau da, wo wir am Beginn dieser Corona-Krise standen. Jede Person wurde damals als Ausscheider im Sinne des Infektionsschutzgesetzes definiert, weil Virusträger angeblich eine versteckte Ansteckungsvorlaufzeit haben. Auch Geimpften sieht man in dieser Vorlaufzeit eine Erkrankung nicht an; trotzdem bekommen sie Freiheitsprivilegien.

Herr Söder, wollen Sie sich damit dem Wähler gegenüber als Gutmensch präsentieren? Nur den Geimpften – also den potenziellen Gefährdern, egal wie viele es sind, aber sie können ganz viele gefährden – geben Sie das Freiheitsprivileg zurück. Ungeimpfte allerdings – das sind die Gesunden – sperren Sie vom öffentlichen Leben aus. Sie tun das alles wider besseres Wissen. Sie verleugnen, dass die Geimpften andere Menschen, auch andere Geimpfte, gefährden können. Ihr Gequatsche von einer Pandemie der Ungeimpften ist wirklich totaler Nonsens; denn Geimpfte gefährden Geimpfte.

Die kürzlich veröffentlichte Studie der Oxford University Clinical Research Group besagt, dass Geimpfte bezüglich der Alpha-Variante eine 251-fach höhere signifikante Viruslast tragen, ohne zunächst krank zu werden. Das kann sie zu gefährlichen präsymptomatischen Superspreadern machen. Ebenfalls ist wissenschaftlich belegt, dass die Delta-Variante 40 % ansteckender als die Alpha-Variante ist; außerdem ist die Viruslast bei Geimpften nahezu genauso hoch wie bei Ungeimpften. Damit wäre jede Ungleichbehandlung von Geimpften und nicht Geimpften, wie Sie, Herr Söder, sie

heute verkündet haben, ein schwerwiegender Machtmissbrauch der Exekutive. Niemand dieser Musterdemokraten hier im Parlament hat dagegen protestiert. Das finde ich wirklich befremdlich.

Herr Dr. Söder, wollen Sie angesichts dieser Erkenntnisse allen Ernstes mit Ihrer Impfstrategie einer indirekten Impfdiktatur Vorschub leisten? Wollen Sie unsere Gesellschaft spalten?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte die Redezeit beachten!

Raimund Swoboda (fraktionslos): Wollen Sie allen Ernstes wirklich alle Menschen in Bayern gefährden und viele davon schädigen? – Sie wollen das hoffentlich nicht. Viele machen dabei nicht mehr mit, denn sie empfinden das als verrückt, viele Ärzte und auch viele Mitbürger. – Herzlichen Dank!

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke auch. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen, den Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses, Herrn Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war heute sehr gespannt, was die oppositionellen Fraktionen an den neuen Regeln zu Corona, die ab morgen greifen werden, zu kritisieren haben würden. Eigentlich, habe ich mir gedacht, hätten sie alle begrüßen können. Ich habe durchaus für möglich gehalten, dass wir heute wieder eine Einigkeit im Hohen Haus haben wie Ende März 2020, als wir das Bayerische Infektionsschutzgesetz beschlossen haben. Warum habe ich das gedacht? – Weil die Vorschläge der Staatsregierung sehr klug, sehr durchdacht sind, und weil wir eine sehr positive Entwicklung haben, was die Rückkehr zur Normalität anbelangt.

Wir starten heute im Kampf gegen Corona in eine neue Etappe. Wir erreichen heute eine neue Evolutionsstufe im Kampf gegen die Naturkatastrophe Corona. Wir machen das nicht blind oder blauäugig. Wie bei allen Maßnahmen, die wir in den letzten ein-

einhalb Jahren getroffen haben, sind Lockerungen zwar ein Risiko – keine Frage –, aber ein solches, das wir mit größtmöglicher Vorsicht und mit Augenmaß eingehen.

Meine Damen und Herren, unser Ministerpräsident gebraucht, wenn er von Corona spricht, häufig das Bild eines Schneefeldes, das vor uns Wanderern liegt. Viele andere Situationen in der politischen Welt waren schon mal da; es gibt bei entsprechenden Problemlagen Vorbilder, es gibt Spuren im Schnee, in die man treten kann. Es gibt bei anderen Katastrophen Beispiele, die man zurate ziehen kann, wie eine Maßnahme in einer vergleichbaren Situation gewirkt hat, wozu sie geführt hat. Bei Corona, bei dieser weltweiten Pandemie, gab und gibt es keine vergleichbare Situation; es gibt keinen Präzedenzfall, es gibt keinen Referenzfall. Wir sind die ersten Wanderer in diesem Schneefeld, und wir müssen uns entscheiden, welchen Weg wir einschlagen, damit wir möglichst sicher und möglichst ohne Verluste durchkommen.

Wenn wir in diesem Bild bleiben, stehen wir inzwischen mitten in diesem Schneefeld, haben schon eine deutliche Strecke hinter uns und wagen uns nun wieder auf unbekanntes Terrain, ohne genau zu wissen, ob es uns trägt, aber wir tasten uns vorsichtig vor mit der Krankenhausampel, wobei wir immer auch alle anderen Parameter beobachten – den R-Wert, ob es wieder ein exponentielles Wachstum des Virus gibt, auch die 7-Tages-Inzidenz etc. All diese Werte betrachten wir immer mit der bangen Frage, ob der Untergrund trägt. So werden wir uns vorsichtig nach vorne auf Neuland wagen. Wir müssen aber diesen Weg gehen, sonst kommen wir nicht durch, sonst kommen wir nicht an unser Ziel: Richtung Normalität.

Es ist also jetzt ein großer Schritt nach vorne, den wir heute machen, ein riesiger Schritt in Richtung eines Lebens mit Corona, das von möglichst weitgehender Normalität geprägt ist. Es ist kein Leben nach Corona. Corona ist nicht vorbei, das Virus wird bleiben. Es ist ein Leben mit Corona. Wir definieren heute aber neu, wie sehr das Virus ab heute unser Leben bestimmen wird.

Die neuen Regeln sind in Wirklichkeit der größte Schritt in Richtung der früher gekannten Normalität, den wir in den letzten Wochen und Monaten getan haben. Möglich wird das nur – das ist sozusagen eines der Seile, mit dem wir uns sichern –, weil rund drei Fünftel der Menschen in Bayern vollständig geimpft sind und die Impfungen gut wirken und uns Sicherheit geben.

Manche sagen, wir steckten in einer Pandemie der Ungeimpften. – Darin steckt viel Wahrheit. Wir haben gerade vom Ministerpräsidenten gehört, dass Impfdurchbrüche sehr selten sind.Das heißt, die Geimpften haben einen tollen Airbag, einen wirksamen und wichtigen Schutz, der sie im Falle des Falles auch vor schweren gesundheitlichen Folgen bewahrt. Impfen macht den Unterschied. Zu den Impfungen und zu den Ängsten, die hier bestehen, hat Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung das Wesentliche ausgeführt. Er konnte aber nicht wissen, dass der zweite parteilose Redner hier am Rednerpult dann solche Fake News verbreiten würde, die – ehrlich gesagt – unerträglich waren. Unglaublich, dass dies auch heute noch in diesem Hohen Haus verbreitet wird.

Wir können nun also den Blick weiten und in den Fokus rücken, was wir eigentlich verhindern wollen: eine Überlastung unseres Gesundheitssystems. Deshalb die Ampel: Gelb bei Belegung von 1.200 Krankenhausbetten pro Woche, Rot bei absolut 600 belegten Intensivbetten mit Beatmungsmöglichkeit. Die Betrachtung der Inzidenz hatte den Vorteil, dass wir Entwicklungen sehr schnell gut ablesen konnten. Hier im Hohen Haus gab es auch viele Überlegungen, wie wir das Inzidenzsystem hätten verbessern können und was wir hätten tun können. Die Frage war, was man macht, wenn man sich vom Inzidenzwert verabschieden möchte. Wir haben viele Vorschläge gehört: 7-Tage-Inzidenz mal Hospitalisierungsquote geteilt durch den R-Wert mal Durchschnittsalter der Betroffenen minus Impfquote plus Zahl der Genesenen. – Dies wäre unheimlich kompliziert geworden. Die neue Krankenhausampel, die wir morgen mit der neuen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung einführen werden, ist einfach und klar. Die übrigen Parameter werden im Hintergrund sorgfältig beobachtet.

Wir können diese einfache Regel also noch mit der 3G-Regel garnieren, die dann so viel Sicherheit wie möglich gewährleistet. Ich habe mich gefragt: Was kann man dagegen haben? Was gibt es daran zu kritisieren? – Man kann sagen: Sie kommt zu spät. – Nein, wir mussten den Impffortschritt abwarten. – Sie geht nicht weit genug, hätte man sagen können. Wir könnten alle Maßnahmen sofort abschaffen. – Tatsächlich fordert die AfD dies in ihrem Antrag, und die FDP zielt letztendlich darauf ab. Das wäre jedoch komplett unverantwortlich. Wir haben gelockert, wo es nur geht. Wir haben medizinische Masken statt FFP2- Masken eingeführt. Wir öffnen unter 3G-Bedingungen. Manchmal frage ich mich wirklich, ob sich jemand, der sich jetzt ein sofortiges Ende aller Maßnahmen vorstellt, einmal mit der aktuellen Corona-Situation befasst hat. Einen "Freedom Day" jetzt kann nur fordern, wer Corona leugnet. Wir müssen jedoch weiter mit Corona leben. Corona ist nicht überwunden! Wir sind noch nicht im Post-Corona-Zeitalter.

Die Maßnahmen, über die wir heute sprechen und die morgen in Kraft treten sollen, entsprechen vollständig dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Sie sind geeignet, sie sind erforderlich, und es gibt auch keine milderen Mittel. Wer jetzt einen "Freedom Day" fordert, der hat sich von der Realität in diesem Land verabschiedet und es geht ihm wohl auch nicht um das Wohl der Menschen in unserem Land, sondern um eine eigene Ideologie.

Die Kollegen von der AfD haben immer beteuert, sie würden Corona nicht leugnen. Der heutige Antrag spricht eine andere, gegenteilige Sprache.

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Die AfD müsste eigentlich jubilieren; denn wir haben alle Möglichkeiten für die Gastronomie und die Einrichtungen in Bayern geschaffen. Alles ist wieder offen. Die Politik der Staatsregierung war sehr erfolgreich und – anders, als Sie es schreiben – verhältnismäßig. Wir haben viel menschliches Leid durch Todesfälle und Long COVID verhindert. Schon häufig ist heute die Zahl von 130.000 Toten und 850.000 Menschen, die

Long COVID erlitten hätten, genannt worden, die wir verhindert haben. Herr Ministerpräsident hat diese Schicksale in seiner Regierungserklärung sehr beeindruckend beschrieben. Wir sind in Bayern gut regiert. Die Staatsregierung hat uns gut durch diese Pandemie navigiert. Dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn die Rednerin der AfD hier an diesem Rednerpult den Helfern im Gesundheitswesen dankt, wirkt das fast schon zynisch; denn wenn Ihre Vorschläge angewandt würden, würden Sie die gesamte Wucht der Pandemie auf den Helfern im Gesundheitswesen abladen. Sie würden sie überlasten. Dies ist genau das, was Herr Ministerpräsident in seiner Rede gebrandmarkt hat, nämlich scharfe und beleidigende Worte für ein Handeln der Staatsregierung zu wählen, das den Menschen viel Leid erspart hat. Genau dies haben Sie hier heute getan. Das ist unglaublich! Sie haben von "schäbig" gesprochen. Wenn etwas schäbig ist, dann sind es Ihr Verhalten und Ihre Worte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die FDP fordert den Freiheitstag zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Menschen haben es selbst in der Hand. – Ja, aber wir können es nicht freigeben, weil es nicht ausreicht, nur ein Impfangebot zu unterbreiten. Dieses muss von den Menschen auch angenommen werden. Wie Sie schon zitiert haben – Herr Kollege Hagen ist gerade nicht am Platz, aber er hat vorhin einmal zitiert, was Helge Braun am 6. März gesagt hat. Am 6. März habe ich auch gedacht, im April wären wir mit der Pandemie durch. – Falsch! Damals gab es noch keine Delta-Variante. Wenn Sie sich hier auf das Wort unseres Kanzleramtsministers beziehen, müssen Sie auch den Kontext sehen, in dem er dies gesagt hat. Damals gab es noch keine Mutationen. Das Virus ist der Gegner. Dieser hält sich nicht an Verordnungen oder Gesetze. Das Virus braucht Grenzen. Deshalb sind weiterhin Regeln und Brandmauern nötig. Wir haben heute einen großen Schritt in die Freiheit unternommen, den größten, den wir jetzt verantworten und tun können.

Die Kritik im Bereich der Schulen – dies geht an die Adresse der GRÜNEN und der SPD – verstehe ich ebenfalls nicht. Präsenzunterricht ist Leit- und Zielbild. Dieses wird umgesetzt. Dazu dienen auch die ausgeweiteten Testungen, sowohl im Hinblick auf die Qualität im Grundschulbereich als auch auf die Intervalle und die Häufigkeit im Bereich der weiterführenden Schulen. Bei der Quarantäne wird es ebenfalls Änderungen mit Augenmaß geben. Wenn die GRÜNEN hier Baden-Württemberg als gelobtes Land preisen, sei ihnen gesagt: Dort gibt es keine Lolli-Tests. Sie testen nicht mit PCR. Hier sollte Baden-Württemberg von Bayern lernen.

Ich habe mir den Fraktionsvorsitzenden der SPD angehört und stelle fest, er ist seinem Ruf als Cassandra gerecht geworden: Galliger, polemischer und persönlicher geht es nicht. Sie haben gesagt – ich will es hier nur kurz wiederholen –, das öffentliche Gesundheitswesen würde kaputtgespart. Wir wissen, was wir an unserer Verwaltung haben. Wir in Bayern haben die Amtsarztquote schon vor der Pandemie beschlossen. Wir haben einen Pakt für den ÖGD geschmiedet. Wenn Sie von "Magerstaat" sprechen, dann war das heute eine "Magerinformation", der Sie entweder aufgesessen sind oder die Sie jedenfalls verbreitet haben. Wenn Sie ein kaputtgespartes Gesundheitswesen betrachten wollen, blicken Sie einmal nach Hamburg, wo ein gewisser Kanzlerkandidat lange Bürgermeister war. Dort ist diese Bezeichnung zu Recht angebracht.

Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren: Die Menschen, die so schwer von Corona betroffen sind, dass sie im Krankenhaus behandelt werden müssen, müssen wir auch mit Medikamenten versorgen. Deshalb bleibt unsere Therapiestrategie, die wir im Hohen Haus beschlossen und mit inzwischen 58 Millionen Euro ausgestattet haben, so wichtig, und zwar jetzt erst recht. Wir brauchen wirksame Medikamente für die schwer Erkrankten, denen eine Impfung nicht mehr hilft und die durch einen Test nur wissen, dass sie positiv sind. Sie können sich sicher sein, dass wir als CSU-Fraktion – Tobias Reiß, Marcel Huber, Alfons Brandl und Barbara Becker sind heute aus dem Ar-

beitskreis Gesundheit und Pflege anwesend – dies weiter mit Nachdruck begleiten und voranbringen werden.

Lassen Sie mich deshalb zum Abschluss den letzten Absatz unseres Dringlichkeitsantrags zitieren, der es auf den Punkt bringt:

> Der Landtag appelliert an die Menschen in Bayern, weiterhin mit Geduld und Disziplin, aber vor allem auch mit Zuversicht und Optimismus der Pandemie zu begegnen. Gemeinsam wird Bayern auch die vierte Welle bewältigen. Mit dem nun vollzogenen Paradigmenwechsel

– auch wenn sich alle, die dies medizinisch tun können, impfen lassen –

> können wir in eine weitgehende Normalität zurückkehren und dem Ende der Pandemie ein großes Stück näherkommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

> (Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bitte bleiben Sie am Pult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten von Brunn. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Seidenath, in § 17 der Vierzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung steht:

> Sobald nach den Zahlen des DIVI-Intensivregisters landesweit mehr als 600 Krankenhausbetten mit invasiver Beatmungsmöglichkeit […] belegt sind, ergreifen die Staatsregierung und das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege […] unverzüglich weitere Schutzmaßnahmen, um eine weitergehende Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern.

Sie sind Jurist, Ministerialrat a. D., Vorsitzender des Gesundheitsausschusses und gesundheitspolitischer Sprecher der CSU. Ich denke, Sie sind in diese Entscheidung intensiv eingebunden gewesen. Welche weiteren Schutzmaßnahmen – die Menschen haben ein Recht, dies zu erfahren – will die Staatsregierung dann ergreifen?

Bernhard Seidenath (CSU): Dies, sehr geehrter Herr Kollege, hängt davon ab, warum diese Warnstufe gerissen wurde. Das können wir jetzt nicht sagen. Ich habe keine Glaskugel. Ich weiß es nicht. Ich hoffe sehr, wir reißen die Zahl von 600 nicht, aber wenn sie gerissen wurde, muss man die gesamten Parameter betrachten, woran es lag und welcher Eintrag es war – eine neue Variante, vielleicht ein Ausbruchsgeschehen in einem Altenheim, sodass man nachimpfen muss usw.Die Maßnahmen, die wir dann ergreifen, werden davon abhängen, wodurch diese dann gesteigerte Inzidenz und dieses dann gesteigerte Krankenhausgeschehen in Bayern verursacht wurden. Einige Maßnahmen sind klar, die hat unser Ministerpräsident genannt: dass man dann wieder nur die FFP2-Maske statt der OP-Maske hat usw. Aber woraus das dann resultiert, muss man sich sehr genau angucken und die Maßnahme dann treffen. Wir könnten jetzt nicht sagen, was wir tun können. Es wäre genauso falsch, sich auf ein Wort des Kanzleramtsministers vom 6. März zu verlassen, wenn wir noch nicht wissen, wie das Virus weiter mutiert und sich weiterentwickelt. Das bleibt der Zukunft vorbehalten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seidenath. Das war‘s. – Ich darf als Nächste die Kollegin Christina Haubrich von den GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Diejenigen, die unter dieser Pandemie am stärksten gelitten haben, waren die Kinder und Jugendlichen. Sie mussten am meisten verzichten. Leider haben viele junge Menschen dies über diese lange Dauer der Pandemie nicht unbeschadet überstanden. Deshalb muss jetzt alles getan

werden, damit Kinder und Jugendliche ihren gewohnten Alltag zurückbekommen. Die Schule beginnt in weniger als zwei Wochen. Die Vorbereitungen dafür, dass Schule sicher ist, sind absolut unvollständig. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass der Erhalt des Präsenzunterrichts, aber auch der Erhalt von Sport- und Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche absolute Priorität haben muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es reicht nicht, dies nur zu wollen, sondern es braucht durchdachte Konzepte, und zwar vom ersten Tag nach den Sommerferien an. Wir brauchen PCR-Pool-Testungen für alle Kinder. Dass das geht, Herr Kreuzer, sehen wir in Österreich. All die Kinder von den Reiserückkehrern, die im Moment für die hohen Infektionszahlen verantwortlich gemacht werden, kommen jetzt wieder in die Schule. Tests, die zuverlässige Ergebnisse bringen, sind jetzt das A und O.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider schaffen Sie es nicht einmal, dass die PCR-Tests ab dem ersten Schultag für Grund- und Förderschulen da sind. Die Sicherheit an Schulen muss jetzt das wichtigste überhaupt sein. Luftfilteranlagen müssen am ersten Schultag in allen Klassenzimmern vorhanden sein, und wenn Sie das nicht schaffen, dann zumindest in den Klassen 1 bis 6; denn diese Kinder können sich nicht impfen lassen. Wenn es nach uns GRÜNEN gegangen wäre, hätten wir das schon seit einem Jahr. Schon vor einem Jahr haben wir das vorgeschlagen. Vielleicht hätte dann auch das letzte Schuljahr schon anders ausgesehen. In anderen Bundesländern sehen wir, wie die Infektionszahlen an den Schulen gerade sprunghaft nach oben gehen, Inzidenzen – wenn wir zum Beispiel nach Wuppertal schauen – um die 800. Das ist wirklich massiv.

Was ist denn Ihr Plan, wenn die Infektionszahlen in Bayern nach Schulbeginn so explosionsartig nach oben gehen? Was bedeutet das Umspringen der Krankenhausampel von Gelb auf Rot für die Kitas, für Schulen, für Jugendeinrichtungen, für Vereine? Hier braucht es Konzepte. Wir sehen in den anderen Bundesländern gerade, wie

schnell das gehen kann. Genauso wie bei der Corona-Ampel, wo Sie kein Konzept vorgelegt haben, was passiert, wenn die Ampel auf Rot umspringt, haben Sie auch kein Konzept, was passiert, wenn die Fallzahlen an Schulen massiv steigen. Wir müssen vorbereitet sein. Das kann ich mit Blick auf die Schulen leider nicht feststellen.

Sie haben auch nichts zu den Kitas gesagt. Die beginnen schon jetzt. Lolli-Tests sind nicht verfügbar. Dass Eltern ihre Kinder zweimal die Woche über die Nase testen sollen, ist realitätsfern. Wie wollen Sie in den Kitas für Sicherheit sorgen? Versetzen Sie sich mal in junge Eltern, die am Montag mit dem Wissen um steigende Inzidenzen – an einigen Orten sind die Zahlen über 100 – ihre Kinder in der Kita abgeben, wo keine Lolli-Tests sind, kein Abstand eingehalten werden kann, sie nicht wissen, ob Erzieherinnen und Erzieher geimpft oder genesen sind, und Gruppen durchmischt werden. Oder stellen Sie sich vor, ein Elternteil kann sich zum Beispiel aufgrund einer Schwangerschaft nicht impfen lassen. Würden Sie da Ihr Kind entspannt in der Kita abgeben?

Einen großen Fortschritt für Kinder und Jugendliche haben wir aber: die Impfempfehlung der STIKO für die 12- bis 17-Jährigen. Hier braucht es jetzt vollen Einsatz, damit Kinder und Jugendliche zeitnah die Möglichkeit bekommen, sich unkompliziert impfen zu lassen. Wichtig dabei ist, dass die Impfungen so gestaltet sind, dass der Aufwand für die Eltern so gering wie möglich ist. Impfangebote in der Nähe mit ausführlicher Beratung durch Kinderärzte, um Ängste zu nehmen und um über die Impfung aufzuklären, natürlich barrierefrei und mehrsprachig, das ist jetzt angesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Liste ist lang. Sie haben jetzt, zumindest was die Schule angeht, noch zwei Wochen Zeit, sie abzuarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Haubrich. – Damit darf ich den vorletzten Redner aufrufen: Herrn Andreas Winhart. Bitte schön, Herr Abgeordneter Winhart.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Um noch mal auf Ihre Frage einzugehen: Nein, die AfD ist kein Postbote oder Strippenzieher von Querdenkern. Da müssten Sie vielleicht mal bei dieser neuen Kleinstpartei nachfragen oder nachschauen. Wir sind vor allem zweierlei: Wir sind zum einen wie viele in unserem Land Selbstdenker und zum anderen, im Gegensatz zu Ihnen, Vorausdenker, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Wie viele Bürger in unserem Lande kommen wir einfach zu anderen Ergebnissen zur Lösung dieser Corona-Krise.

(Zuruf)

Wenn Sie sich mit den Lösungen der AfD beschäftigt hätten, anstatt eine Diffamierungskampagne zu fahren, und geschaut hätten, was wir in den letzten Wochen und Monaten in den Anträgen unserer Fraktion vorgeschlagen haben, hätten Sie vieles gefunden, das Ihnen geholfen hätte, bei Ihrer Corona-Politik vielleicht weniger Widersprüche aufzuwerfen.

Weil Sie das Volksbegehren erwähnt haben: Ein Volksbegehren, das die Kriterien erfüllt, ist laut unserer Verfassung einfach nur eines, nämlich legitim. Wir haben heute diese ganzen Widersprüche gehört, die Sie präsentiert haben. Sie haben von Long COVID gesprochen und machen Angst vor Long COVID. Gleichzeitig präsentieren Sie aber angebliche Lockerungen. Dann wollen Sie Everybody‘s Darling sein. Zu "Everbody‘s Darling" hat schon einmal Franz Josef Strauß etwas gesagt. Den verehren Sie ja sehr.

(Zuruf)

Den Rest aus diesem Zitat erspare ich Ihnen jetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage mich: Wie lange soll sich das bayerische Volk von dieser Staatsregierung eigentlich noch an der Nase herumführen lassen? Kaum sinken die Umfragewerte der Union ins Bodenlose, schon verkündet unser Ministerpräsident, dass es nicht mehr dieser harte Anti-Corona-Kurs sein soll. Nein, es soll jetzt Lockerungen geben, und die FFP2-Maske soll fallen. Dafür verkündet er gestern bei der Pressekonferenz in Abwesenheit des selbst ernannten Impfrebells Aiwanger, dass sämtliche Beschlüsse in der Staatsregierung einstimmig gefällt wurden. Nicht nur, dass dieses Märchen vom Impfrebell jetzt endgültig Geschichte ist – nein, gleichzeitig wird uns erklärt, dass die FFP2-Maske mit der gelben Krankenhausampel wiederkommt. Das erinnert die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes an eines, nämlich an Jens Spahn, der letzten Sommer beispielsweise verkündet hat, dass in Bayern und Deutschland nie wieder ein Frisörsalon schließen muss wegen Corona, und vier Wochen später war es dann so weit. – Hier hat man es in wenigen Tagen geschafft.

War der Inzidenzwert bisher der Goldstandard der Staatsregierung bei der Bekämpfung von Corona, ist es jetzt plötzlich die Krankenhausampel. War die FFP2-Maske, die man bekanntlich für über acht Euro das Stück eingekauft hat, bisher das Maß aller Dinge, ist sie es jetzt nur noch dann, wenn die Ampel auf Gelb springt.

Meine Damen und Herren, die Staatsregierung hat sich in Sachen Corona komplett verrannt und die selbst gesteckten Ziele massiv verfehlt und wurstelt sich jetzt mit irgendwelchen Lockerungen irgendwie bis zur Bundestagswahl durch.

Bayern hat Sachpolitik verdient, die für jeden in Bayern nachvollziehbar ist, und braucht keinen Inzidenzlimbo oder Ampelgeblinke – heute so, morgen so.

(Beifall bei der AfD)

Der von uns vorgelegte Dringlichkeitsantrag nimmt dem Söder-Aiwanger-Team die Verantwortung für die verkorkste Corona-Bekämpfung und legt sie in die Hände unserer mündigen Bürgerinnen und Bürger, denn wir von der AfD sehen die mündigen Bürger in der Lage, Corona besser zu bekämpfen, als es die Staatsregierung jemals gemacht hat.

(Beifall bei der AfD)

Wer befürchtet, sich mit Corona anzustecken, der soll eine Maske tragen. Der soll sich selbstverständlich auch die Farbe dafür aussuchen dürfen, er soll sich den Typ aussuchen dürfen, er soll sich selbstverständlich die Hände desinfizieren, der soll Menschenansammlungen meiden, der soll sich impfen lassen – oder halt auch nicht.

Wir stellen ferner fest: Erstens. Der Ministerpräsident hat in unethischer Weise politischen Druck auf die politisch neutrale Ständige Impfkommission ausgeübt. Dieses Verhalten gilt es aus unserer Sicht zu rügen.

Zweitens. Die Impfstrategie der Staatsregierung ist gescheitert, da zahlreiche an Corona erkrankte, infizierte Menschen aufgetreten sind – 18.000, wie das RKI in den letzten Tagen verkündet hat.

Drittens. Kinder und Jugendliche waren nie Treiber dieser Pandemie. Sie haben die geringsten Zahlen.

Viertens. Die unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen der Staatsregierung haben einen enormen volkswirtschaftlichen Schaden verursacht, und zwar in Milliardenhöhe. Sie haben zahlreiche Unternehmen unverschuldet in existenzielle Nöte getrieben oder sogar in den Ruin.

Fünftens. Die unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen der Staatsregierung, vor allem die Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, haben zu menschlichem Leid, Vereinsamung und gesellschaftlicher Spaltung geführt.

Sechstens. Mit den 3G-Regelungen, die jetzt ab einer Inzidenz von 35 ins Leben gerufen wurden – übrigens aufgrund der Inzidenz, die Sie doch angeblich abgeschafft haben – werden Menschen, die sich diesem ganzen Wahnsinn nicht unterwerfen wollen, schlicht und ergreifend diskriminiert.

Aus unserer Sicht ist deshalb Folgendes umzusetzen: Erstens. Die epidemische Lage in Bayern ist für beendet zu erklären, nach dem dänischen Vorbild oder nach dem Vorbild vieler anderer Staaten dieser Welt, die längst deutlich weiter sind. Hier ist Bayern nicht Spitzenreiter.

Zweitens. Alle Corona-Maßnahmen und folglich auch alle Einschränkungen der Freiheits- und der Grundrechte sind an dieser Stelle aufzuheben.

Drittens. Es ist sicherzustellen, dass Corona-Impfungen ausschließlich über Arztpraxen mit einer einhergehenden Anamnese abgewickelt werden und dass das absolut freiwillig passiert und nicht im Schnellverfahren oder im Tausch gegen eine Bratwurst.

Viertens. Der Schulunterricht im neuen Schuljahr muss im Präsenzunterricht stattfinden können. Alles andere würden wir nicht mittragen, und das tragen auch viele Eltern in Bayern nicht mehr mit. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Maskenpflicht in den Schulen. Dass man dort keine Impfnachweise von Lehrern oder Schülern verlangt, das erklärt sich, glaube ich, von alleine.

Fünftens. Allen Wirtschaftsbetrieben und Dienstleistern ist es selbst zu überlassen, in welchem Umfang sie Hygienemaßnahmen umsetzen wollen. Das wird der Markt entsprechend entscheiden, denn der mündige Bürger kann entscheiden, ob er dort das Angebot – was auch immer das für ein Angebot ist – wahrnehmen will oder nicht.

Nun zu dem Theater, das wir heute hier wieder veranstalten: Meine Damen und Herren, angesichts des Corona-Desasters der Staatsregierung bei der Corona-Politik war es meiner Meinung nach vollkommen richtig, dass sich die Union für Armin Laschet als Kanzlerkandidat entschieden hat. Der Kanzlerwahlkampf auf Kosten der baye-

rischen Wirtschaft und auf dem Rücken der bayerischen Bürger ist im wahrsten Sinne des Wortes unerträglich.

(Beifall bei der AfD)

Nun ist es an der Zeit, zur Normalität zurückzukehren, und zwar zu einem Deutschland – aber normal. Die Bürgerinnen und Bürger haben am 26.09.2021 die Chance dazu.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Winhart. – Damit komme ich zum letzten Redner auf der Rednerliste. Es ist Herr Abgeordneter Dominik Spitzer. Herr Dr. Spitzer, bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Seit eineinhalb Jahren hält das SARS-CoV-2-Virus Bayern, Deutschland und die ganze Welt in Atem. Zu Beginn der Pandemie wurde immer wieder erklärt, sobald alle Bürgerinnen und Bürger ein Impfangebot erhalten, sind alle staatlichen Maßnahmen, die die Freiheit der Bevölkerung einschränken, wieder abzuschaffen. – Das Ziel ist erreicht, entgegen vieler Befürchtungen und trotz eines mehr als holprigen Impfstarts. Mein Dank gilt deshalb allen, die mit sehr großem, die mit übergroßem, zum Teil mit übermenschlichem Engagement zu diesem Ziel, dem Impfen, beigetragen haben. Seit Anfang Juli übersteigt das Angebot aber die Nachfrage nach einer Impfung. Spätestens aber mit der Empfehlung der Stiko vom 16.08.2021, auch Kinder über zwölf Jahren gegen Covid-19 impfen zu lassen, beginnt die Sanduhr für die coronabedingten Einschränkungen zu laufen. Es ist nun an der Zeit, das ursprüngliche Versprechen der Politik in die Tat umzusetzen und einen Freiheitstag auszurufen, an dem alle Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten seitens des Staates zurückgenommen werden.

(Beifall bei der FDP)

Dies muss geschehen, sobald alle über Zwölfjährigen die Chance auf eine vollständige Immunisierung hatten. Aus mehrerlei Gründen würde sich der 3. Oktober 2021 als Freiheitstag anbieten, der Tag der Deutschen Einheit.

Andere Länder, zum Beispiel Großbritannien, sind diesen Weg bereits gegangen und verzeichnen weder einen exponentiellen Anstieg der Infektionszahlen noch eine Überflutung oder gar eine Auslastung der Intensivstationen in den Krankenhäusern. Eine Rückkehr zur Eigenverantwortung beim Gesundheitsschutz und damit eine Rückabwicklung aller Corona-Maßnahmen ist auf der Grundlage der aktuellen Daten durchaus verantwortbar und deshalb auch zwingend erforderlich. Sollte sich aber die Situation im Herbst entgegen der Erwartungen so verändern, dass eine Überlastung des Gesundheitssystems droht, kann erneut auf staatliche Maßnahmen zum Gesundheitsschutz zurückgegriffen werden. Diese dürfen aber keinen Lockdown der Gesellschaft beinhalten, sondern sie müssen lokal differenziert und verhältnismäßig sein. Eine Ausgrenzung von Ungeimpften – Stichwort 2G – darf es auf keinen Fall geben. – Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Söder, wechseln Sie aus dem "Team Vorsicht" in unser "Team Freiheit", und machen Sie es dieses Mal nicht wie bei der Abkehr von der Inzidenz und vielen anderen unserer Vorschläge. Schließen Sie sich zeitnah, am besten jetzt, der Forderung nach einem Freiheitstag an!

(Beifall bei der FDP)

Falls Sie dies nicht können, wünsche ich den Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN entsprechend Rückgrat, ihren Ankündigungen, die in eine ähnliche Richtung gehen, schnellstens Taten folgen zu lassen. – Sehr geehrter Herr Dr. Mehring, lieber Fabian, du kannst unserem Dringlichkeitsantrag natürlich sehr gerne zustimmen.

Herr Seidenath, Sie haben von Unverantwortlichkeit gesprochen, einen "Freedom Day" auszurufen, einen Freiheitstag zu proklamieren, den wir erst perspektivisch für den 03.10.2021 vorsehen. Das habe ich eben gerade begründet. Sie haben von

einem Schneefeld gesprochen, dass wir uns mittendrin befänden. Wollen Sie warten, bis dieses Schneefeld abgeschmolzen ist, um dann sicheren Fußes weiterzukommen? – Solange es Viren gibt, wird es Mutationen geben. Wir können nicht von Mutation zu Mutation warten. Selbst wenn wir massive Anstrengungen auf den Weg bringen, um Ungeimpfte zum Impfen zu bewegen, es wird auch weiterhin Ungeimpfte geben.

Ich bitte deshalb um Unterstützung unseres Antrags. Ich möchte aber mit einem Wunsch schließen und einem Aufruf an alle unsere Bürgerinnen und Bürger in Bayern: Bitte, bitte lassen Sie sich impfen!

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Spitzer. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich sehe auch keine mehr. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich lasse jetzt noch über die mitberatenen Dringlichkeitsanträge abstimmen.

Zunächst lasse ich über den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER betreffend "Coronapandemie – entschlossenes Handeln stellt Bayern für die vierte Welle gut auf – Fortschreiten der Bayerischen Impfstrategie ermöglicht mehr Freiheit und Normalität", Drucksache 18/17722, abstimmen.

Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktion der AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk und Raimund Swoboda. Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der FDP. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Kinder und Jugendliche priorisieren – den Kita- und Schulstart jetzt sicher vorbereiten!", Drucksache 18/17723, abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Stimmenthaltungen! – Die FDP enthält sich der Stimme. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Deutschland – aber normal: Corona mit Eigenverantwortung der Bürger begegnen!", Drucksache 18/17724, abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist ausschließlich die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die übrigen Fraktionen. Ich bitte, Stimmenthaltungen anzuzeigen. – Das sind die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Weitere Corona-Strategie: Impfungen vorantreiben – Gesellschaftliches Leben ermöglichen – Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellen", Drucksache 18/17725, abstimmen.

Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD und die FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zurück zu Freiheit und Eigenverantwortung: Freiheitstag ausrufen!", Drucksache 18/17726, abstimmen.

Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die GRÜNEN, die

SPD, FREIE WÄHLER und CSU, also alle anderen. Stimmenthaltungen? – Gibt es keine. Damit ist dieser Antrag auch abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung dieser Sondersitzung. Ich wünsche Ihnen allen noch einige Wochen Erholung; inwieweit das innerhalb eines Wahlkampfjahres möglich ist, weiß jeder selber aus seinem täglichen Erleben. Auf jeden Fall wünsche ich Ihnen alles Gute, und bleiben Sie gesund!

(Schluss: 14:02 Uhr)